Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag „Arbeiterstimme“, Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Donnerstag, den 17. Februar 1927 — Nummer 40

Brauns will die 53-Stunden-Woche

Vor der Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister

Leipzig, 17. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Ablehnung des Schiedsspruchs für die Leipziger Metallindustrie erfolgte mit etwa

17000 gegen nur 3000.

Nachdem der DMV die Ablehnung des Schiedsspruchs erklärt hat, hat der Reichsarbeitsminister **Brauns** die **Tarifparteien zu einer Sitzung** nach Berlin geladen. **Brauns** hat die Absicht, nach einer zum Schein stattfindenden Einigungsverhandlung den 53stündigen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. **Die oppositionellen Metallarbeiter Sachsens fordern darum schon heute die Metallarbeiter auf, gegen die Verbindlichkeitserklärung den Kampf in ganz Sachsen fortzusetzen.**

•

Der Schiedsspruch für Halle, Magdeburg, Anhalt ist für verbindlich erklärt worden. Die Beibehaltung der 53-Stundenwoche wird durchgeführt. Die Arbeitskollegen des mitteldeutschen Gebiets wollen den Kampf wie ihre Leipziger Kollegen und der große Teil der sächsischen Metallarbeiter. Die Gewerkschaftsleitungen aber verhindern den Kampf, sie stehen offen auf seiten der Kapitalisten. Der Achtstundentag wird von der Gewerkschaftsbürokratie preisgegeben, mehr noch, in Halle und im ganzen mitteldeutschen Gebiet erklären die Gewerkschaftsbureaukraten, daß jede Propaganda für den Streik verboten sei. In Halle verbietet die Ortsverwaltung des DMV, daß die Parole, nach 8 Stunden aus den Betrieben, ausgegeben wird. Kampflose Annahme der 54- und Mehrstundenwoche, das kommt bei der Stellung der Bürokraten für die Arbeiter heraus. Die Stimmung in der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft ist wegen dieser Haltung der Bürokraten empört. Es ist damit zu rechnen, daß trotz der Sabotage der Bezirksleitung des DMV die Verweigerung der Ueberstunden, in einer Anzahl Betriebe durchgeführt wird.

Metallarbeiter für den Kampf

Eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Zeiß-Ikon-Werke nahmen zu der Lage in der Metallindustrie folgende Entschließung: :

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Zeiß-Ikon (Werk Ica-Zentrale) haben Stellung genommen zum Kampf der Metallarbeiterschaft. Sie begrüßen die Resolution der Opposition, die der großen Ortsverwaltung vorgelegt worden ist und stellen sich rückhaltlos hinter die Forderungen, den Schiedsspruch abzulehnen, und falls er verbindlich erklärt werden sollte, ihm die Anerkennung zu versagen. Sie **mißbilligen aufs schärfste die Haltung der Verbandsleitung**, die nicht einmal wagt, über die Forderungen der Opposition abstimmen zu lassen. Sie fordern von der Verbandsleitung, daß sie nun alles daran setzt, die Metallarbeiterschaft zu mobilisieren. Der Leipziger Metallarbeiterschaft sprechen wir die volle Sympathie aus und fordern sie auf, im Kampfe auszuharren.

Sie fordern weiter von der Verbandsleitung Einberufung einer Generalversammlung, um Stellung zu nehmen zum Kampfe.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Angriff der Kapitalisten

Dresden, den 17. Februar.

R. R. Der Unternehmerangriff auf die Metallarbeiterschaft in Leipzig ist ohne Zweifel der Ausgangspunkt für eine großangelegte Offensive der deutschen Kapitalisten gegen die gesamte Arbeiterklasse. Ein für allemal soll die Forderung nach der achtstündigen Arbeitszeit liquidiert, sie soll so weit beseitigt werden, daß sie nicht mehr als akute Kampfmaßnahme aufgerollt wird. Daß es um einen Kampf auf der ganzen Linie geht, zeigen die gleichzeitigen Angriffe gegen die Metallarbeiter in Mitteldeutschland, die Textilarbeiter in der Lausitz und die Fabrikarbeiter Mitteldeutschlands. Fast überall haben die Arbeitermassen instinktiv begriffen, daß es sich hier um eine entscheidende Frage von weittragender Bedeutung handelt. Fast ausnahmslos haben die Arbeiter die Kriegserklärung der Industriellen aufgenommen und den Kampf eröffnet. Der Kampfwille der Arbeiter ist ein Zeichen, daß das deutsche Proletariat beginnt, sich aus der Stimmung der Depression zu erholen, daß es wieder bereit wird, zu Kampfmaßnahmen zu schreiten. Gelang es den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten beim Hamburger Hafenarbeiterstreik noch verhältnismäßig leicht, die Kampfbewegung der Arbeiter einzudämmen, so finden wir bei den heutigen Kämpfen eine starke Entschlossenheit der Arbeitermassen, die nicht einfach gewillt sind, vor der Diktatur der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie zurückzuweichen.

Auf seiten der Unternehmer steht der Staatsapparat der „demokratischen Republik“ mit den Schlichtern und dem Arbeitsministerium. Durch die „famose Einrichtung“ der Schlichtungsstellen soll jetzt der achtstündige Arbeitstag endgültig erledigt werden. Es ist notwendig, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Schlichtungsstellen auf Betreiben und mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie geschaffen wurden und daß sie zum größten Teil mit ehemaligen Gewerkschaftsbürokraten besetzt sind. Damals erklärten die Gewerkschaftsbürokraten, daß diese Schlichtungsstellen eingesetzt werden, um „unnötige“ Kämpfe zu vermeiden, aber auch, um eine Uebervorteilung der Arbeiter durch die Kapitalisten zu verhindern. Das jetzige Verhalten der Schlichter zeigt den Arbeitern wieder einmal, daß jede Einrichtung innerhalb des kapitalistischen Staates sich gegen die Arbeiter auswirken muß. Wir dürfen nicht vergessen, auch darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaftsbürokratie es war, die der Aufhebung und Beseitigung der achtstündigen Arbeitszeit aktive Unterstützung gab, indem sie den Arbeitern erklärte, daß die „vorübergehende“ Aufgabe des Achtstundentages im Interesse der Erholung der deutschen Wirtschaft und der Arbeitsbeschaffung der deutschen Arbeiter eine Notwendigkeit sei. Die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD halfen durch das Ermächtigungsgesetz, durch ihre Unterstützung des Reichswehreinmarsches, überhaupt des gesamten Ausnahmezustandes, der Reaktion den Raub des Achtstundentages durchführen. Sie spielten dabei die Rolle der Makler, die mit List und Betrug die Arbeiter um diesen achtstündigen Arbeitstag prellen halfen. Teile der deutschen Arbeiterschaft glaubten, daß es wirklich richtig und zweckmäßig sei, wenn man die Arbeitszeit verlängere, um dadurch wieder zu einer besseren wirtschaftlichen Position zu gelangen.

Ohne diese aktive Unterstützung und Mithilfe der sozialdemokratischen Führerschaft und der Gewerkschaftsbürokratie konnte es den Kapitalisten niemals gelingen, ihre Ausbeutung in einem solchen Maße zu steigern, als wie das bis jetzt der Fall war.

Heute steht erneut eine Entscheidung bevor. Das Versagen der Arbeiterschaft im jetzigen Zeitpunkte würde bedeuten, daß die Unternehmer für längere Zeit Oberwasser gewinnen. Wo stehen in dieser entscheidenden Situation die Gewerkschaftsleitungen? Die Führer des ADGB erlassen eine „Protestresolution“, in der sie sich zwar gegen die Ueberstunden wenden, jedoch nicht einen Kampf gegen die Ueberstunden organisieren, sondern es den individuellen Entscheidungen der Arbeiter überlassen wollen, ob sie die Betriebe verlassen. In der Praxis bedeutet das, daß sie die Arbeiter nicht gegen die Unternehmer unterstützen, sondern dem Terror der Unternehmer ausliefern würden. In Mitteldeutschland und insbesondere in Halle wendet sich die Bezirksleitung des DMV, wie wir auch an anderer Stelle mitteilen, gegen den Kampf gegen die Ueberstunden. Hier haben wir ganz aktive Unterstützung der Kapitalisten. In Sachsen, auch in Leipzig, wo der Kampf schon in einem akuten Stadium sich befindet, sabotieren die Gewerkschaftsbureaukraten den Kampfwillen der Arbeiter. Noch an keiner Stelle wurde in großen Versammlungen der Metallarbeiter zu dem Kampf Stellung genommen. Ein paar interne Vertrauensmännersitzungen, in denen man um die Entscheidung herumging, ist alles, was bisher von der Gewerkschaftsbürokratie in dieser entscheidenden Situa

„Reichsbannerkamerad“ Dr. Köhler begründet den Etat des Bürgerblocks

Ueber 2000 Millionen Mark Neubelastungen für das Proletariat

(KPPD) **Berlin**, 16. Februar.

Im Reichstage begann am Mittwoch, den 16. Februar, die Beratung des neuen Reichshaushaltes für das Jahr 1927/28. Die Debatte wurde eingeleitet durch eine längere Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. **Köhler**. Die Rede dieses „Reichsbannerkameraden“ war im großen und ganzen die alte Schablone, die jedes Jahr bei Beginn der Etatberatungen immer wieder hervorgeholt wird. Sie enthielt diesmal einige Seitenhiebe auf den verflossenen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, der die Steuerüberschüsse restlos aufbrauchte, den Besitzenden 800 Millionen Mark Steuern schenkte, den Etat 1926 nur durch 1000 Millionen Mark Schulden balancierte und den neuen Haushalt für 1927 mit fiktiven Steuereinnahmen ins Gleichgewicht zu bringen bemüht war. Interessant war in der Rede des Reichsfinanzministers die Bestätigung der kommunistischen Voraussage, daß die Senkung der Umsatzsteuer von 1 auf 0,75 Prozent restlos dem Kapital als Sondergewinn zugeflossen ist und dem Verbrauch in keiner Weise durch Preissenkungen zugute kam.

Interessant war ferner die Feststellung des Ministers, daß mit der Erhöhung der Mieten gerechnet wird. Der Minister sprach nicht von der Höhe der geplanten Mietssteigerung; wohl aus guten Gründen. Denn eine 30prozentige Mietssteigerung bedeutet im Reichsmaßstabe eine zusätzliche Belastung für das werktätige Volk von „nur“ 1500 Millionen Mark jährlich. Um so bezeichnender ist die Mitteilung des Bürgerblockfinanzministers, daß zum Ausgleich der Mieterhöhungen für die Beamten, Reichsarbeiter und Kriegsopfer kein Pfennig für die Erhöhung der Gehälter, Löhne und Renten vorgesehen ist. Dasselbe trifft für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge zu. Wenn das Gesetz, das auf dem Wege der Versicherung die Lasten für die allernotdürftigste Lebenshaltung der Erwerbslosen ausschließlich den in Arbeit stehenden Proletariern aufpacken soll, nicht bis zum 1. April fertig ist, dann wird im Etat ein monatliches Defizit von mindestens 40 Millionen Mark entstehen. Hierzu kämen dann noch die Aufwendungen der Länder und der Gemeinden.

Hieraus können die Arbeiter ermessen, welche neue Sonderbelastungen ihnen die Erwerbslosenfürsorge aufbürden will. Rechnet man allein nur die Mieterhöhungen mit 1500 Millionen Mark, die monatlich 40 Millionen Mark, die nunmehr die Arbeiter an Stelle des Reiches für die Erwerbslosen aufbringen, und dazu noch ungefähr die Hälfte dieser Summe, die bisher die Länder und Gemeinden für die Erwerbslosen aufbrachten, so ergibt sich alles in allem gerechnet die Summe von mehr als 2000 Millionen Mark Mehrbelastungen für das werktätige Volk.

Der „Reichsbannerkamerad“ Köhler hat als Finanzminister des Bürgerblocks keinen Zweifel darüber gelassen, daß für Erhöhung der Gehälter, Löhne und Renten im Reichssäckel kein Pfennig vorhanden ist. Und wenn schon das Reich nichts zahlt, um wieviel weniger werden sich da erst die großindustriellen und großagrarischen Ausbeuter veranlaßt sehen, die Mehrbelastungen der Arbeiter durch Mieterhöhungen und Arbeitslosenversicherung durch Lohnerhöhung auszugleichen?

Die Proleten verlassen die Reichsbannerkameraden Hindenburgs

Breslau, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Reichsbannerortsgruppe Herzogswaldau hat sich aufgelöst, da die Mitglieder nicht mehr mit Marx und dem Zentrum in einer Organisation sein wollen.

Zerfall der Opposition in Rußland

Moskau, den 15. Februar 1927.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das vom 7. bis 12. Februar tagte, gaben Genossin Nikolajewa und Genosse Badajew Erklärungen ab, worin sie von den Anschauungen der Opposition abrücken.

Genossin Nikolajewa erklärte, daß sie die Beschlüsse der Partei über die Herabsetzung der Preise für richtig erachte, wobei dieses Problem eines der wichtigsten in der Politik der Partei ist. Die Oppositionsführer haben in dieser Frage von Anbeginn an einen falschen Standpunkt vertreten, der nach der Ueberzeugung der Genossin Nikolajewa durch die Tatsachen des Lebens selbst widerlegt wird.

Genosse Badajew erklärte, daß er sich bereits im Sommer 1926 ablehnend gegen die Opposition verhalten und im Leningrader Gouvernementskomitee bei der Beratung der Frage des fraktionellen Vorgehens der Opposition, ohne zu schwanken, für die Verurteilung der Opposition gestimmt habe. Genosse Badajew erklärte weiter, daß in der ganzen Zeit seit dem 14. Parteitage zwischen ihm und der Partei keinerlei Unstimmigkeiten in grundsätzlichen Fragen bestanden hätten.

Die Prawda bringt diese Erklärungen mit dem Hinweise darauf, daß sie ein unzweifelhaftes Anzeichen des politischen Zerfalles der Opposition sind, von der ihre bisherigen Anhänger einer nach dem anderen abrücken.

SLUB
Wir führen Wissen.

tion getan wurde. Der Kampfwille der Arbeiterschaft ist im breitesten Maße vorhanden. Die Abstimmung von Leipzig mit 17 000 Stimmen für und nur 3000 Stimmen gegen den Kampf, die Entscheidung der Berliner Metallarbeiter zeigen das mit aller Deutlichkeit.

Heute wird in Berlin über die Verbindlichkeitserklärung des Schandschiedsspruches des sozialdemokratischen Schlichters Brandt verhandelt. Es ist schon feststehend, daß das Reichsarbeitsministerium als Beauftragter der Industriellen den Schiedsspruch für verbindlich erklären wird. Ganz eindeutig wird die gesamte Arbeiterklasse vor die Tatsache gestellt, daß der gesamte Behördenapparat der Hindenburg-Republik beauftragte Organe der Schwerindustriellen gegen die Arbeiterschaft sind. Die papiernen Resolutionen des ADGB, seine immer wiederkehrenden platonischen Forderungen nach der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, das leere Geschrei gegen die Ueberschichten bedeuten in dieser Situation nichts anderes als wie die verschleierte Unterstützung des kapitalistischen Angriffs. Der praktische Beweis dafür ist ja erbracht durch die Zustimmung zu dem Erwerbslosenversicherungsgesetz, das Hunderttausende von Erwerbslosen in noch stärkerem Maße dem Hunger und Elend ausliefert wie bisher.

Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches gegen die Metallarbeiter, dem die Beibehaltung oder Einführung von 54- und Mehrstundenwochen in allen anderen Industrien auf dem Fuße folgen wird, wird das Millionenheer der Erwerbslosen nicht nur bestehen bleiben, sondern noch vergrößert werden. Die von den Kommunisten aufgestellte Forderung der 42-Stundenwoche ist die wirksamste Maßnahme gegen die katastrophale Erwerbslosigkeit. Die gesamte Arbeiterklasse, insbesondere alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen die Bedeutung dieses Kampfes erkennen. Gegen die Schandschiedssprüche, gegen ihre Verbindlichkeitserklärung muß mit dem Kampf auf der ganzen Linie geantwortet werden. Sofort müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Bürokraten zur Einberufung von Generalversammlungen zwingen, in denen die Arbeiter die Einleitung und Durchführung von Massenaktionen gegen die Ueberstunden und für die Einführung der 42-Stundenwoche durch die Gewerkschaften erzwingen. Der Kampf darf nicht verloren gehen, der Kampfwille der Arbeiter muß die Kapitalisten jetzt entscheidend schlagen.

Gewerkschaften und Bürgerblock

Allmählich finden die Gewerkschaftsblätter ihre Sprache wieder und nehmen zum Bürgerblock Stellung. Die Holzarbeiterzeitung ist der Auffassung, daß der Bürgerblock aller Wahrscheinlichkeit nach „bis Ende 1928" regieren wird. In ihrem Artikel, den sie überschreibt: „Opposition — und ihr Ziel" wird die Frage aufgeworfen, welche Entwicklung man denn erstreben müsse. Die Holzarbeiterzeitung meint dazu: „Wir sollten uns hüten, uns in das Gefühl einzuspinnen, dann werde ein Mitregieren der stärksten Arbeiterpartei, der Sozialdemokraten, von selber kommen ... Jetzt gilt es vor allem, stark zu werden. Unsere Opposition hat nicht das Ziel, sich in Kritik zu erschöpfen, sie hat den einen großen Willen: die sozialistischen Vertreter der Arbeiterklasse so bald als möglich und so stark als möglich an die Regierungsmacht zu bringen."

Die Große Koalition, die Ministersessel und die Regierungsposten sind also „das große Ziel", das sich die Leitung des Holzarbeiterverbandes gesteckt hat. Und es ist vielleicht nur eine Vergeßlichkeit von ihr, daß sie am Ende ihres Artikels das Regierungsbündnis mit den bürgerlichen Parteien als Ziel bezeichnet, mit denselben Parteien, die sie am Anfang ihres Artikels als reaktionär und den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzt definiert.

Bezeichnend für die Stimmung in den Gewerkschaftskreisen sind auch die Ausführungen der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Zeitung. Diese schreibt u. a.:

„Die Deutschnationalen und mit ihnen Zentrum und Volkspartei sind offenbar froh, daß sie die Sozialdemokratie so fans jasson abschütteln konnten. Diese Herrschaften werden jetzt eine Politik machen, wie sie ihren Interessen entspricht. Ob diese Interessen in der heutigen Republik nicht besser wahrgenommen werden können als in einer Monarchie, dürfte kaum bezweifelt werden. Deshalb glauben wir auch nicht so sehr daran, daß die Existenz der Republik gefährdet erscheint."

Das Blatt erwartet von der nächsten Zukunft verschärfte reaktionäre Maßnahmen, Lohn- und Steuerdruck, Hunger und Elend, verschärfte Reaktion der Klassenjustiz usw. Es ist vielleicht von Interesse, darauf hinzuweisen, daß jetzt nach der Bildung des Bürgerblocks unter Hindenburgs Regie zum erstenmal in den Köpfen gewisser Gewerkschaftsführer der Verdacht auftaucht, die Hindenburg-Republik sei genau so ein bürgerlicher Klassenstaat wie die wilhelminische Monarchie, woraus sich naturgemäß die umstürzendsten Konsequenzen für die gesamte Politik der heutigen Gewerkschaftsinstanzen ergeben würden. Der Artikel klingt in vollständiger Resignation aus: „Das deutsche Volk hat viel versäumt, weil es die Situation nicht ausnützte, als die Macht in seinen Händen lag." ... „Es ist schwer, wenn man an diese Zustände denkt, nicht bitter zu werden."

Möge die reformistischen Gewerkschaftsführer auch die Verzweiflung über die Folgen ihrer Politik ergreifen. Die arbeitenden Massen haben keine Ursache, mutlos ihren starken Arm sinken zu lassen. Wenn sie sich ihrer Kraft bewußt werden, um sie anzuwenden, wird der Bürgerblock morgen ein Gespenst der Vergangenheit sein.

Bei der Reichswehr bleibt alles beim alten!

Die SPD gegen eine eingehende Kritik des Reichswehr-Etats

Seit Monaten schreit die SPD in der Oeffentlichkeit nach einer eingehenden, tiefgründigen Beratung des Reichswehretats. Wie ernst es der SPD tatsächlich mit dieser „Gründlichkeit" ist, zeigte sich am Mittwoch, den 16. Februar im Haushaltsausschuß des Reichstages. Es begannen die Verhandlungen über den Reichswehretat.

Da es immer mehr Praxis im Reichstag wird, die wichtigsten Etats in den Ausschüssen durchzupeitschen, um die unbequeme Opposition mundtot zu machen, beantragte zur Geschäftsordnung für die kommunistische Fraktion der Genosse Creutzburg zu Kapitel 1, Etat des Reichswehrministers, eine halbe Stunde, zu den übrigen Kapiteln 20 Minuten und zu jedem Titel 10 Minuten Redezeit.

Obwohl auch der Berichterstatter, der Sozialdemokrat Stücklen, erklärte, daß er keinesfalls mit einer Redezeit von 20 Minuten in der Generaldebatte auskomme, wandte sich doch sofort der „Sozialdemokrat" Müller-Franken gegen jede Verlängerung der Redezeit.

Der Genosse Stoecker brandmarkte sofort dieses Verhalten gebührend und beantragte, nun die Berichterstatter unbeschränkt reden zu lassen. Bei der Abstimmung stimmten nur die Kommunisten für diese Anträge. Die SPD kürzte also ihrem eigenen Berichterstatter die Redezeit. Dieser Beschluß hinderte den Vorsitzenden des Ausschusses allerdings dann nicht, den Berichterstatter dreiviertel Stunde und den Reichswehrminister Geßler 1½ Stunden sprechen zu lassen. Es handelt sich also um eine bewußte Mundtotmachung der grundsätzlichen Opposition der Kommunisten.

Die Verhandlungen waren, da Vertreter der Opposition noch nicht zu Worte kamen, nicht besonders interessant. Immerhin waren aber einige Aeußerungen des Reichswehrministers Geßler besonders beachtenswert.

Zunächst zeigten die Ausführungen Stücklens, daß die Sozialdemokratie trotz ihres großen Geschreies in ihrer Presse auch diesmal nicht an eine ernstzunehmende Opposition gegen die kappistische Reichswehr denkt. Er beschränkte sich auf kleinliche Nörgeleien bei diesem und jenem Ausgabeposten. Seine Ausführungen faßte er in nachstehenden Fragen zusammen:

1. Sind aus Rußland Granaten nach Deutschland gekommen?
2. Wie verhält es sich mit der Giftgasfabrik in der Sowjetunion?
3. Welche Staatsmittel wurden für die „Gefu" ausgegeben?
4. Welche Maßnahmen sind ergriffen, um die Reichswehr von den Wehrverbänden zu lösen?

Diese Fragen zeigen deutlich, daß es der SPD nicht auf den Kampf gegen die **Bürgerkriegsarmee der kappistischen Regierung Marx** ankommt, sondern auf eine gemeine, verlogene **Hetze gegen Sowjetrußland und die Kommunistische Partei.**

Der Zentrumsmann Erfing wandte sich in seinen Ausführungen gegen die Opposition der Kommunisten, obwohl er deren Argumente noch gar nicht kennt, und trat im übrigen für die restlose Bewilligung des Reichswehretats ein.

Der Reichswehrminister Geßler hielt hierauf eine seiner bekannten, nichtssagenden Reden.

Er erkannte zunächst die **großen Verdienste des SPD-Stücklen bei dem Ausbau der Reichswehr** an und beschwerte sich über die Angriffe auf seine Person, die ganz ungerechtfertigt seien. Er stellte fest, daß der General Hoffmann im Jahre 1923 einmal bei ihm gewesen und ihn **aufgefordert habe, gemeinsam mit Frankreich einen Kreuzzug gegen Sowjetrußland durchzuführen.** Er habe sich dagegen gewehrt und gesagt: **Er wolle lieber von den Bolschewisten aufgehangen sein, als daß er von den Westmächten den Bauch aufgeschnitten bekomme.**

Gegen den Vorschlag Stücklens, ins Reichswehrministerium einen politischen Staatssekretär zu setzen, wandte er sich ganz entschieden. Der Mann könne ja dort nichts machen. **Der Kampf gegen die Wehrverbände sei vom Reichswehrministerium geführt worden, Anregungen in dieser Hinsicht seien also überflüssig. In der freien Zeit stehe es jedem Offizier frei, sich als Sportlehrer zu betätigen. Er habe dagegen nichts einzuwenden.** Ferner erklärte Geßler: **Es ist doch ganz selbstverständlich, daß das Reichswehrministerium an einen neuen Krieg denkt und darauf vorbereitet. Im nächsten Krieg würde in erster Linie die Zivilbevölkerung** und erst in **zweiter Linie** der Soldat betroffen werden.

Geßler äußert sich dann noch über den Reichswehrersatz und erklärt, daß sich infolge der großen Erwerbslosigkeit ungeheure Massen zum Eintritt in die Reichswehr melden. Zum Eintritt in die Marine meldeten sich 1926: 60 000 Mann. 1800 wurden nur gebraucht. Für die Offizierslaufbahn melden sich soviel, daß damit der gesamte Heeresbedarf gedeckt werden kann. **Der Heeresersatz an Mannschaften sei Sache der Offiziere, daran dürfe unter keinen Umständen etwas geändert werden.**

Von den Heeresangehörigen sind 55 Prozent auf dem Lande, 45 Prozent in der Stadt geboren. Die Zusammenstellung sei also sehr gut. Wohl seien hier und da noch Schwierigkeiten; im übrigen aber sei alles vollständig in Butter. Aenderungen seien in keiner Beziehung erforderlich. **Die Fragen nach Gasgranaten, Gasfabrik und „Gefu" sollen die Sozialdemokraten im Auswärtigen Ausschuß wiederholen.**

Obwohl also die ersten Beratungen im Ausschuß sehr wenig brachten, steht doch die Linie der Regierung und der Sozialdemokratie zur Reichswehr vollkommen fest. Alles ist in Ordnung! Es bleibt alles beim alten in der Reichswehr! So bei der Regierung. Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die KPD, um die sich bildende Einheitsfront der Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die imperialistischen Rüstungen gegen Sowjetrußland zu verhindern!

Jetzt hat die Arbeiterschaft in Stadt und Land das Wort!

Klassenjustiz

Halle. In einem Landfriedensbruchprozeß gegen Reichsbanner-Leute und Rote Frontkämpfer verurteilte das Große Schöffengericht in Halle zwei Angeklagte zu 6 Wochen, zwei andere zu 3 Monaten Gefängnis. Der Prozeß ist auf einen Zusammenstoß zwischen Stahlhelmern und Arbeitern zurückzuführen, der am Tage vor dem Volksentscheid in Gerbstedt, Bezirk Merseburg, erfolgte. Den Stahlhelmern wurden bei der polizeilichen Durchsuchung Revolver, Totschläger, Dolche, Seitengewehre usw. abgenommen. Ein Lastauto der Stahlhelmer führte, um die Arbeiter zu täuschen, eine kommunistische Flagge.

Angelica Balabanowa gestorben!

Nach einer Leningrader Meldung ist dort die bekannte russische Revolutionärin Angelica Balabanowa, eine Mitkämpferin der Pariser Kommune, im 84. Lebensjahre gestorben.

Der kommende Gaskrieg

In Südkalifornien werden Versuche mit neuen Gasbomben angestellt. Die kleinen Boote stellen Kriegsschiffe vor, die von Aeroplanen aus mit Teergasbomben beworfen werden.

Neuer Aufstand in Marokko

Madrid, 16. Februar. (Telunion.) **Am 12. Februar konnte ein Angriff der Riffkabylen bei Kotama erst nach erbittertem Kampfe von den Spaniern zurückgewiesen werden. Daraufhin hat sich der spanische Oberst Prast zum französischen Oberkommando nach Rabat begeben, um eine gemeinsame französisch-spanische Säuberungsaktion zu besprechen. Da aber schwere Stürme in Marokko herrschen, ist jede militärische Operation mit großen Schwierigkeiten verknüpft, so daß die Säuberungsaktion vorläufig nicht stattfinden kann.**

Vom Tage

Bei Löscharbeiten durch eine Granate getötet

Fulda, 16. Februar. Bei einem Scheunenbrand in Lehnerz explodierte eine Granate, die noch aus der Zeit der Demobilmachung dort lagerte. Ein bei den Löscharbeiten tätiger Gemeindebeamter wurde von einem Sprengstück getroffen und tödlich verwundet.

Eine furchtbare Bluttat

Mannheim, 16. Februar. In Altenkirchen (Pfalz) schnitt der Gemeindesekretär seinem drei Monate alten Kinde die Pulsader durch, erschoß darauf seine Frau und tötete sich schließlich selbst durch Schüsse in die Schläfe. Das Kind dürfte mit dem Leben davonkommen. Schönberger hat die Tat aus Furcht vor Strafe, die er wegen Veruntreuungen zu erwarten hatte, begangen.

Erdbeben in Serajewo. 20 Tote.

Das Erdbeben in Bosnien hat in Sarajewo zu einem Bergsturz geführt, wodurch zehn Häuser verschüttet und hunderte beschädigt wurden. Zwanzig Personen wurden getötet. Auch in Dalmatien und in der Herzegowina wurden durch das Erdbeben schwere Schäden verursacht. Einige Orte sind gänzlich abgeschnitten. Es gibt zahlreiche Tote und Verletzte.

Erdbeben in Transbaikalien.

Moskau. Transbaikalien wurde von einem Erdbeben heimgesucht. In der Stadt Tschita sind einige Häuser eingestürzt. Auch sollen zahlreiche Menschenopfer zu beklagen sein.

Aus Grusien werden heftige Schneestürme gemeldet. Der meterhoch liegende Schnee hat den gesamten Eisenbahnverkehr stillgelegt und großen Materialschaden angerichtet.

Schweres Unwetter an der pazifischen Küste

London, 16. Februar. Bei einem verheerenden Regen- und Schneesturm, der über die an der pazifischen Küste liegenden Städte hinwegging, sind, wie aus San Franzisko berichtet wird, 16 Personen getötet und 20 verletzt worden. Bei einem Erdrutsch bei Big Creek in Kalifornien wurden 5 Personen getötet und 5 weitere werden vermißt.

Großfeuer in Williamsport

Neuyork, 16. Februar. Nach Meldungen aus Williamsport (Pennsylvania) zerstörte dort ein Großfeuer einen ganzen Straßenblock. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann getötet und mehrere andere schwer verletzt. Der Schaden beträgt rund eine Million Dollar.

Erdstöße auf Kamtschatka und in den Vereinigten Staaten

Riga, 16. Februar. Nach Meldungen aus Wladiwostok sind auf der Halbinsel Kamtschatka mehrere Erdstöße verspürt worden und zwei Vulkane in Tätigkeit getreten. Viele Häuser sind eingestürzt und einige Todesopfer zu beklagen.

Neuyork, 16. Februar. Einem Orkan in Südkalifornien und Aricona, der mit Erdstößen und Wolkenbrüchen verbunden war, sind 42 Tote zum Opfer gefallen. In Los Angeles wurden die Straßen teilweise völlig überflutet und die Villen bekannter Filmgrößen beschädigt. Beim Passieren eines Zuges brach eine Brücke ein. Ein Gebirgsdorf wurde von einem Felsen bei einem Erdrutsch begraben. **10 Tote sind bisher festgestellt.**

Familie Schimek

Albert-Theater.

Wenn das bürgerliche Theater Lustspiele aufs Repertoir setzt, dann muß es wohl oder übel ins vergangene Jahrhundert zurücksteigen. Die Unfruchtbarkeit der gegenwärtigen bürgerlichen Literatur erweist sich nirgends so sinnfällig, wie beim Lustspiel. Dazu kommt noch die Unfähigkeit (oder auch das Nichtwollen!) zahlreicher Bühnen, die im Lustspiel weit bühnenbegabteren und geistreicheren zeitgenössischen französischen Autoren herauszubringen. So kommt es denn, daß L'Arronge, Kadelburg und andere ihrer Art die Bretter beherrschen. Kleinbürgerliches Familienmilieu mit dem eisernen Bestand des familiären Schwanks: der Ehetrottel mit der beständigen Angst vor Abenteuern (die er dennoch herbeiwünscht!), der Hausfreund (ebenfalls Trottel — vor 28 Jahren hätte er sie heiraten können!) und dazu Haustochter und Schwiegersohn mit Fensterpromenade und „Alt-Heidelberg"-Sauce.

Die Schimekschen wären wahrscheinlich längst vergessen, wenn nicht Pallenberg als Gegenvormund von Kadelburg sich ins Mittel gelegt und den Zawadil unsterblich gemacht hätte. Pallenberg jongliert mit der Sprache; wie Rastelli mit Billardkugeln. Eine einzige Silbenumstellung durch Pallenberg — und das Pathos aufgeputzten Bürgerdünkels versinkt in den Abgrund tödlicher Lächerlichkeit. In seinem Gastspiel im Albert-Theater spielt Pallenberg nicht nur mit dem Lustspiel, mit den Schauspielern. Er spielt mit dem Publikum, das in ihm zum Teil einen talentvollen Spaßmacher sieht und selbst nicht merkt, wie es vom Künstler verrissen wird. Natürlich konnte keine Rede von einem kollektiven Spiel sein. Das Ensemble des Albert-Theaters wirkte eigentlich nur mit, um die Stichworte zu bringen. Pallenbergs Einfluß war so stark, daß Ernst Wieland als Kaltenbach bedenklich pallenbergte. Uebrigens: die Regie sollte dafür sorgen, daß Dialekt (wenn schon!) von Anfang bis zum Schluß durchgehalten wird. Die Dialektschwankungen zwischen Mariahilf und Kötzschenbroda traten vor allem beim Dienstmädchen der Ursula v. Wiese in peinlicher Weise hervor.

Alles in allem: die Initiative des Albert-Theaters (die „Komödie" nicht zu vergessen!) bringt in die Dresdner Theater Leben und zeigt zumindest den Willen, das Theater als Zeitspiegel gelten zu lassen. Von diesem Willen ist in den Staatstheatern (vor allem im Schauspielhaus!) nichts zu spüren. Dort regiert Seebach und sein Hof. Dafür zahlt der Staat in diesem Jahre wiederum 204 780 RM Zuschuß wie im Jahre 1926. Für 1927 beträgt der Staatszuschuß 1 299 550 RM und der städtische Zuschuß 699 750 RM, das sind zusammen **1 999 300 RM Zuschuß für 1927.** Ich werfe die Frage empor: Wo bleibt hier der Gegenvormund?

-lff.

Beilage — Donnerstag, den 17 Februar 1927

Arbeiterstimme

Nr. 40 — 8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Der Metallarbeiterkampf vor dem Sächsischen Landtag

Landtagssitzung vom 16. Februar

Die nach 10 Uhr vormittags beginnende Sitzung wird von einem Reden der Aufwerter, Demokraten und ASPS-Leute zum Etat eingeleitet. Bezeichnend ist, daß die Nationalsozialisten, die bereits gestern nicht anwesend waren, auch heute fehlen, also scheinbar nicht Stellung zum Etat zu nehmen wagen.

Nach Abschluß der ersten Rednergarnitur folgt erst Beratung einer Anzahl Anträge.

Einen kommunistischen Antrag auf Wiedereinstellung aller in den staatlichen Betrieben wegen Arbeitsstreitigkeiten entlassenen Arbeiter begründet ausführlich Genosse Liebertasch. Er weist nach, daß die Leitung der Staatsbetriebe in der Anwendung scharfmacherischer Methoden nahezu vorbildlich für die Privatkapitalisten geworden ist und in der rigorosen Durchführung der kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen alles in den Schatten stellt, während die [illegible] Riesengehälter in den Rachen geworfen bekommen, versucht man auch das letzte aus den in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern herauszupressen und geht, wenn diese sich gegen die Scharfmachermethoden wehren — in brutalster Weise gegen sie vor. Die Kommunisten verlangen deshalb die sofortige Wiedereinstellung der wegen Arbeitsstreitigkeiten entlassenen Staatsarbeiter.

Eine Anfrage behandelt einen Verstoß des Amtshauptmanns von Flöha gegen die Landeswahlordnung. Bei der Landtagswahl wurde dort festgestellt, daß das Dienstmädchen des Amtshauptmanns das Wahllokal bereits mit einem Stimmzettel in der Hand betrat, den sie also entgegen der Landeswahlordnung von ihrer Herrschaft bereits im Hause ausgehändigt erhalten haben mußte. Die Regierung muß in ihrer Antwort zugeben, daß tatsächlich ein Verstoß gegen die Wahlordnung stattgefunden hat.

Gegen den Schlichtungsschwindel und gegen die Arbeiterverräter Haack, Brandt und Panoscha.

Darauf kommt der Antrag der kommunistischen Fraktion auf Entlassung der sächsischen Schlichter Haack, Brandt und Panoscha zur Beratung. An Hand einschlägigen Materials beweist Genosse Liebertasch, daß diese Forderung eine allgemeine der sächsischen Arbeiterschaft ist, die sich gegen die arbeiterfeindliche Tätigkeit der drei typischen Reformisten richtet. Die ursprüngliche Auffassung der Arbeiter, daß es sich um Personenfragen handelt, hat sich allmählich dahingehend geändert, daß die Arbeiterschaft

das ganze Schlichterwesen als einen erbärmlichen Schwindel zum Betrug der Arbeiterschaft

betrachtet. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Unter dem Druck der Arbeiterschaft muß jetzt sogar der ADGB zu den Schlichtungsschwindel Stellung nehmen.

Die jetzigen sächsischen Schlichter waren schon als Führer der Metallarbeiterbewegung Verräter. Als Staatsbeamte und als Handlanger der sächsischen Industriellen treten sie noch stärker und brutaler gegen die Interessen der Arbeiter auf. Charakteristisch ist die Tatsache, daß der Schlichter Brandt im Streik der Metallarbeiterstreik einen Schiedsspruch gefällt hat, der über die Forderungen der Unternehmer hinausging. Der Verrat des korrupten Metallarbeiterführers Liebe bei den ersten Streik zur Erpressung der Metallarbeiter unter einen Landestarif nach feuchtfröhlicher Geheimverhandlung mit den Unternehmern getan hat, wird jetzt durch diesen Schiedsspruch Brandts gekrönt. Gerade in Leipzig hat Brandt schon als reformistischer Metallarbeiter manche Niederlage erlitten, und das läßt vermuten, daß dieses Hinausgehen über die Unternehmerforderungen durch Brandt

einen gemeinen Racheakt gegen die Leipziger Metallarbeiterschaft

darstellt. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Brandt hat im geheimen dem Leipziger Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses die Direktiven gegeben, die Verhandlungen so zu gestalten, daß Brandt die Möglichkeit erhalten hat, persönlich einzutreten. Die Leipziger Metallindustriellen waren schon zu jedem Nachgeben bereit, als sie durch das Auftreten Brandts, der im Einverständnis der Dresdner Metallindustriellen handelte, veranlaßt zum schärferen Vorgehen aufgemuntert wurden.

Die Leipziger Metallarbeiter haben schon manchen Kampf ausgefochten. Sie hatten manchen Unternehmer gezwungen, die 46-Stundenwoche einzuhalten. Erst der Druck des Industrieverbandes hat diese Unternehmer gezwungen, die Aussperrung vorzunehmen, und Herr Brandt eilte ihnen sofort zu Hilfe.

Er zwingt den Arbeitern 53 Stunden auf und gibt ihnen „freiwillig" 25 Prozent mehr Zuschlag, der ohnehin lediglich ein Fetzen ist. Dieser Schurkenstreich kennzeichnet den Charakter dieser Schlichtertätigkeit. (Präsident Schwarz: „Herr Abgeordneter, Sie dürfen eine Handlung der Regierung nicht mit einem solchen Ausdruck belegen, ich rufe Sie zur Ordnung!") Liebertasch fortfahrend: Es ist schwer für diese Handlungsweise einen parlamentarischen Ausdruck zu finden. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Besonders, wenn man bedenkt, daß dieser Mann seit Jahrzehnten von Arbeitergeldern gelebt und durch Arbeiterhände in seine Position gehoben wurde. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Die Verlängerung der Arbeitszeit durch die Schiedssprüche der Regierung ist angesichts der Erwerbslosigkeit geradezu ungeheuerlich. Die Arbeiterschaft der Leipziger Metallindustrie hat jetzt geschlossen die Erledigung der drei Schlichter gefordert. Die Arbeiter des Erzgebirges haben dieselben Forderungen erhoben, auch die ostsächsischen Arbeiter werden mobil. Wenn es auch jetzt noch den Reformisten gelungen ist, die klaren Forderungen der Opposition, den offenen Kampf gegen die Schlichter-Schiedssprüche aufzunehmen, zu unterdrücken, so werden im Verlaufe der Kämpfe die Arbeiter erkennen, daß sie sich über alle Gesetze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinwegsetzen müssen, wenn sie ernsthaft ihre Interessen vertreten wollen. Wenn die Metallarbeiter auch diesmal durch den Verrat der Reformisten in die Knie gezwungen worden sollten, so werden sie doch durch den Verrat und den neuen verübten Betrug die Notwendigkeit erkennen lernen, denen zu folgen, die bisher in allen wichtigen Fragen recht behalten haben, den Kampf klarer und zielbewußter wieder aufzunehmen

unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei!

(Lebhaftes Bravo! bei den Kommunisten.)

Die Regierung wagt nicht, zu verteidigen!

Der Regierungsvertreter gibt hierauf die Erklärung ab, daß die Schlichter dem Reichsarbeitsministerium unterstehen und daß deren Entlassung nur von diesem durchgeführt werden könne. Die Regierung wagt nicht, auch nur mit einem Wort den Schandschiedsspruch zu verteidigen.

Die Kommunisten für Lernmittelfreiheit und Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer.

Zur Begründung der kommunistischen Anträge, betreffend die Lernmittelfreiheit und die Pflichtstundenzahl der Lehrer, erhält das Wort Genosse Rößscher.

Er weist angesichts der heuchlerischen Lobreden, die die bürgerliche Gesellschaft auf Pestalozzi hält, auf die trostlose Lage der Schuljugend der werktätigen Bevölkerung hin und belegt seine Behauptung mit erschütterndem Material über das Kinderelend. Zur Behebung der furchtbaren Zustände verlangt die kommunistische Fraktion völlige Lernmittelfreiheit ab Ostern 1927, Lieferung von Kleidung und Schuhwerk für die zur Schulaufnahme und -entlassung kommenden Kinder aller Unterstützungsempfänger, sowie derjenigen, deren Monatseinkommen 300 RM nicht übersteigt, Schulspeisung und Erstattung der Schulwanderungskosten, außerdem den Bau von Land- und Seeheimen für erholungsbedürftige Kinder und Jugendliche und für alle gesundheitswidrig untergebrachten Jugendlichen Lehrlingsheime. Ferner soll den Berufsschülern die Lehrausrüstung gewährt und den Erziehungspflichtigen das Recht der Kontrolle hinsichtlich der Durchführung dieser Maßnahmen zugebilligt werden. Gleichzeitig fragt Genosse Rößscher die Regierung, ob bei der Beantwortung eines Fragebogens in Berufsschulen ihrer Meinung nach auf die Frage der Zugehörigkeit zu einer Organisation geantwortet werden müsse und ob im Weigerungsfalle das Recht auf Straferteilung dem Lehrer zustehe. Wir stellen demgegenüber fest, daß eine solche Maßnahme einfach ungesetzlich ist.

Zur Frage der Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer weist Genosse Rößscher darauf hin, daß die Sächs. Lehrerzeitung zwar erklärt, es sei „verwunderlich, daß sich ein Antrag im Landtag überhaupt stehe", demgegenüber aber festgestellt werden müßte, daß die Regierung in der Frage der Herabsetzung der Pflichtstundenzahl verdächtig schweigsam sei. Die Lehrerschaft verlange jedoch, daß ab 1. April die Pflichtstundenzahl auf 28 herabgesetzt wird. Wir fragen deshalb die Regierung, ob sie tatsächlich gewillt ist, diese Herabsetzung vorzunehmen. Auch im Hinblick auf die große Zahl erwerbsloser Lehrer ist diese Frage von großer Bedeutung. Wenn der Landtag also nicht nur heucheln will bei der Feier Pestalozzis, muß er diese einfachsten, beinahe selbstverständlichen Forderungen erfüllen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Der Demokrat Claus stellt hierauf fest, daß während der Ausführungen Rößschers kein Vertreter des Kultusministeriums im Saale anwesend war, obgleich Uebereinstimmung darüber herrsche, daß wichtige Fragen sofort beantwortet werden sollten. Er verlangt, daß der Kultusminister sich nachträglich mit der Beantwortung der Fragen beschäftigen solle.

Nunmehr wird die Etatdebatte, die mit der über die Anträge verbunden ist, fortgesetzt.

Im Verlaufe der Debatte illustriert u. a. der Abgeordnete Liebmann das Kapitel „Steuerbelastung der Besitzenden" dadurch, daß er nachweist,

daß der deutschnationale Landbundführer, Abg. Pagenkopf, der Besitzer zweier Rittergüter ist, ganze 2 (zwei) RM Steuern im Jahre bezahlt!

Liebmann ruft zum Schluß „die werktätigen Massen im Lande zum Sturm gegen die Reaktion" auf. Seine äußerst radikal gehaltenen Ausführungen stehen sichtlich im Gegensatz zu den Taten der sächsischen SPD, die bisher jeden außerparlamentarischen Kampf gegen die Regierung und den Landtag sabotierte.

Der Volksparteiler Lippe fordert im Auftrag der Privatunternehmer, daß die Sächsischen Werke wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen zu besteuern seien.

Regierungskrise in Sachsen?

Für die kommunistische Fraktion spricht Gen. Dr. Schwinde. Die sächsische Regierung hängt schon wieder in der Luft. Nach den Meldungen der Presse ist bereits Dr. Dehne aus der Regierung ausgeschieden. Damit ist die Demokratische Partei ohne Vertretung in der Regierung. Dazu kommt, daß die Aufwerter heute opponieren gegen die Uebergabe des Innenministeriums an Külz, man weiß allerdings nicht, wie lange diese Opposition anhält; auch die Opposition der Demokraten gegen die offenen Attacken der Kulturreaktion ist mehr als fragwürdig. Dennoch aber ist das alles ein Symptom für die Brüchigkeit der Basis dieser Regierung. Der Kurs der herrschenden Klasse trifft tatsächlich alle die proletarisierten Mittelschichten, deren parlamentarische Vertreter sich der Industriellen-Regierung an die Rockschöße gehängt haben ab, und daraus entsteht die Labilität dieser Regierung. Der Kurs der Bourgeoisie verlangt jedoch gebieterisch Stabilität der politischen Verhältnisse. Diese Verhältnisse, die zur Aufrichtung der schrankenlosen Herrschaft des Großkapitals führten, wurden aber

geschaffen durch die feige und verräterische Politik der Sozialdemokraten.

Während der Weg der Kommunisten in Rußland zur Unabhängigkeit der Arbeiterklasse nach innen vor der Bourgeoisie, nach außen von den imperialistischen Mächten führte, geht der Weg der Sozialdemokraten in Deutschland zur völligen Abhängigkeit der deutschen Arbeiterschaft innen vom Bürgertum und außen von den großkapitalistischen westeuropäischen Mächten. Der Weg der Sozialdemokraten Ebert und Noske, der sich in nichts von dem der konsequenten Bourgeoisdiener Belitz und Heidt unterscheidet, führte über Arbeiterleichen zur Aufrichtung der Herrschaft des Bürgerblocks im Reich und auch in Sachsen.

Der Abg. Liebmann hat hier im Parlament „zum Sturm gegen die Reaktion" aufgerufen. **Ist das keine Heuchelei angesichts der Tatsache, daß die SPD bisher jede unsere Aufforderung zur gemeinsamen außerparlamentarischen Mobilisierung mit verächtlicher Geste abgelehnt hat, daß sie, statt die Führung der Gewerkschaften von den ASPS-Leuten Schulter an Schulter mit den Kommunisten zu säubern, diese ausgesprochenen Handlanger der sächsischen Industriellen gestützt hat und sie vor dem Ansturm der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter schützt?!** Wie die Arbeiterschaft von den SPD-Führern verraten wird, so treten die parlamentarischen Vertreter des Mittelstandes die Interessen ihrer unter der Herrschaft des Großkapitals schwer leidenden Schichten mit Füßen. Vor der Wahl schrie der jetzige Finanzminister Weber in allen Versammlungen: „Kampf gegen die steuerliche Belastung des notleidenden Mittelstandes!" Jetzt hat man ihm mit dem Ministersessel den Mund gestopft und er fühlt sich als Staatsbeamter berufen, als Wortführer einer großkapitalistischen Regierung die schlimmste steuerliche Belastung der Mittelschichten durchzuführen. Das Elend in Deutschland steigt durch diese Großbourgeoispolitik ungeheuer. Die Verbreitung der Volksseuchen wächst, die Pauperisierung erfaßt Schichten, die sich bisher als „gesichert" betrachteten. Der Arbeiterklasse erwächst hier nach Marx die Aufgabe, diese Schichten an sich zu fesseln, ihnen zu zeigen, daß dann, wenn sie sich nach dem Kapital hin orientieren, sie den Vormarsch der Reaktion fördern müssen. Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß diese Schichten durch Bindung an das Proletariat zu einem wichtigen revolutionären Faktor werden. Wir stellen im Gegensatz zu den parlamentarischen Kreisen unsere Teilforderungen ohne Illusion auf ihre Erfüllung im Parlament. Wir wissen, daß **alle Forderungen der Werktätigen nur durch außerparlamentarische Mobilisierung aller Werktätigen, der Arbeiter** in den Betrieben, in den Gewerkschaften, der Erwerbslosen, der Angestellten und Beamten, der erwerbstätigen Mittelschichten, und durch schärfsten außerparlamentarischen Kampf erzwungen werden können. Die sozialdemokratischen Führer reden wohl manchmal im Parlament von diesem Kampf. In der Praxis jedoch weichen sie stets diesem Kampfe aus, weil sie grundsätzlich auf dem Boden des bürgerlichen Staates und der Erhaltung der bürgerlichen Ordnung stehen. Wir Kommunisten aber wollen diesen Kampf, der einzig und allein den Interessen der arbeitenden Massen Geltung verschaffen kann, führen bis zur Ausrodung des Sumpfbodens, auf dem die brutale Ausbeutung ihre schamlosesten Blüten treibt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Staat! Dann erst wird der Weg frei für eine neue wirtschaftliche und kulturelle Aufwärtsentwicklung des werktätigen deutschen Volkes! (Lebhaftes Bravo! bei den Kommunisten.)

Nach weiterer Debatte werden die einzelnen Etatkapitel und die verschiedenen Anträge den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Bemerkungen zum Justizetat

Von Robert Siewert, Chemnitz.

Neben der Polizei ist die Justiz mit den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Gefangenanstalten eine der wichtigsten Einrichtungen in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Justizapparat ist ebenso auf die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Unrecht, mit ihrem grenzenlosen Elend auf der einen, mit ihrem ungeheuren Ueberfluß auf der anderen Seite eingespielt wie die Polizei.

Der Justizapparat in der Demokratie unterscheidet sich weder im Aufbau noch in seinen Entscheidungen von dem Justizapparat der Monarchie. Der Aufbau ist der alte geblieben, die Gesetze im wesentlichen auch, der Geist auch. Es bleibt also dabei, die kleinen Spitzbuben werden gehängt und die großen schlüpfen durch die Maschen der Gesetze.

Der gegenwärtige Justizminister Dr. Bünger versucht zwar bei allen seinen Reden im Landtag die Dinge so darzustellen, als stehe die Justiz über den Parteien und über den Klassen. Daß dem nicht so ist, beweisen die Tatsachen.

Eine Volksabstimmung über diese Fragen würde ein vernichtendes Urteil für die Justiz ergeben.

Wenn man sich die Organisation des Justizapparates anschaut, dann sieht man, daß man es hier mit einer ausgesprochenen Klassenorganisation zu tun hat. **An der Spitze mit den höchsten Gehältern** stehen jene, die endgültig Recht zu sprechen haben, die die Strafanträge stellen und die bei Revisionen zu entscheiden haben. Es sind alles Leute mit einem Monatsgehalt von 1000 RM und darüber, Menschen, die nie Not gelitten haben, die die Sorgen des Alltags nicht kennen, die nicht wissen, wie dem Hungrigen zumute ist, die nicht begreifen wollen und können, daß auch das Elend und die Not und der Hunger und alles, was damit zusammenhängt, die Handlungen der Menschen beeinflußt.

Der Justizetat erstreckt sich über die Kapitel 22 und 23 des Haushaltsplanes.

Kap. 22 behandelt das Ministerium der Justiz.

Im Justizministerium sitzen 79 planmäßige Beamte und 20 Hilfsarbeiter.

Der Staatsminister wird nach Gehaltsgruppe B 8 bezahlt. Er bezieht ein Monatsgehalt von über 2500 RM. Dann sind zwei Ministerialdirektoren vorhanden, die nach B 5 bezahlt werden. Dann folgen 11 Ministerialräte nach A 13 mit einem Gehalt von über 1000 RM.

Die Dienstbezüge aller 79 Beamten betragen in einem Jahre 616 700 RM. Das ergibt einen Jahresdurchschnitt von 6219 RM für einen Beamten. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Botenmeister — nach Gehaltsgruppe 3 entlohnt — ein Einkommen von zirka 150 RM im Monat haben werden.

Wir sind der Meinung, daß die Ausgaben für das Justizministerium im umgekehrten Verhältnis stehen zu seiner Bedeutung.

Kap. 23 behandelt die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und Gefangenanstalten.

Die Dienstbezüge für planmäßige Beamte erreichen die runde Summe von 23 060 000 RM.

Bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Gefangenanstalten werden insgesamt 5567 planmäßige Beamte beschäftigt. Dazu kommen 740 nichtplanmäßige Beamte: Referendare, Kanzleianwärter usw., 1316 Angestellte und 129 Hilfskräfte.

Die Bezahlung der Beamten erfolgt nach den Gehaltsgruppen von B 5—2, d. h. der schlechtestbezahlte Beamte, der bei der Justiz angestellt ist, bezieht ein Grundgehalt von zirka 80 RM, während der bestbezahlte Beamte mit allen Zuschlägen auf ein Monatsgehalt von zirka 1700 RM kommen wird.

Wir sind der Meinung, daß der Dienst der schlechtestbezahlten Beamten, z. B. der Justizunterwachtmeister, der Justizwachtmeister und aller jener, die nach den niederen Gruppen bezahlt werden, anstrengender und aufreibender ist, als der Dienst, der z. B. vom Präsidenten des Oberlandesgerichts, der nach B 5 besoldet, verrichtet wird. Auch die Senatspräsidenten und die Landgerichtspräsidenten sollen sich bei ihrer Tätigkeit nicht überanstrengen.

Nach den Erläuterungen zu diesem Kapitel beträgt der durchschnittliche Tagesbestand an Gefangenen in den sächsischen Strafanstalten 5140 Köpfe. Sie verteilen sich wie folgt: 810 männliche Zuchthausgefangene, 91 weibliche Zuchthausgefangene; 2528 männliche Gefängnisgefangene, 250 weibliche Gefängnisgefangene; 726 Untersuchungsgefangene und 735 Untersuchungs- und Strafgefangene in den Gerichtsgefängnissen. Aus dieser Aufstellung ergibt sich also, daß sich immer von 1000 Einwohnern Sachsens einer in der Strafanstalt befindet. Auch eine nette Illustration zu dieser göttlichen Gesellschaftsordnung, in der wir leben.

Die kommunistische Fraktion wird bei den Beratungen im Landtag den Justizetat scharf bekämpfen. Sie wird dafür eintreten, daß eine gründliche Reform der Justiz und des Strafvollzuges in Angriff genommen wird. Sie wird vor allen Dingen fordern müssen, daß die Bezüge der schlechtestbezahlten Beamten aufgebessert werden, d. h. sie wird auch hier verlangen, daß als Eingangsgruppe für die Beamten die Gehaltsgruppe 5 anzusehen ist. Es ist wohl selbstverständlich, daß die kommunistische Fraktion den Justizetat nicht nur bekämpfen, sondern auch ablehnen wird.

Die kommunistische Fraktion muß den Justizetat ablehnen, weil die Justiz und alle ihre Einrichtungen ein Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse ist und weil die Dinge in der Justiz erst anders werden können, wenn die Arbeiterklasse die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt hat und den Sozialismus aufrichtet.

SLUB
Wir führen Wissen.

Dresden

17. Februar 1920: Archangelsk von Roter Armee erobert. — 1919: Generalstreik im Ruhrgebiet. — 1905: Großfürst Sergius von Kalajew in Moskau getötet. — 1866: Heinrich Heine in Paris gestorben. — 1827: Pestalozzi gestorben.

Pestalozzi und die Fürstenhöfe*)

Von Türk, ein junger Freund Pestalozzis, war ausgezogen, um für Pestalozzis Ideen zu werben, vor allem, um die Regierungen zu bestimmen, junge Leute zu Pestalozzi zu schicken, damit sie dort als Lehrer ausgebildet würden. Von Türk hatte dabei wenig Glück. Aus Weimar schrieb er an Pestalozzi: „Als ich den vorigen Sommer in dem herrlichen Schloß (es kostet 2 Millionen Taler) vor dem Erbprinzen — einem der Edelsten seines Geschlechts — stand, riß mich der Eifer für die gute Sache und der Abglanz himmlischer Tugenden in seinem Antlitz hin, für Dich und Deine Sache vor einem zahlreichen Hof mit Wärme und Feuer zu reden. Ich bat schließlich nur, man möchte einen jungen Mann, den ich auswählen würde, auf ein bis zwei Jahre zu Dir schicken. Die jetzigen Verhältnisse — es war damals Frieden — erlaubten es nicht, war die Antwort; man müßte jetzt jede Ausgabe möglichst vermeiden. — Ich gehe etwas beschämt die Stufen der Treppe herab (sie hatte Tausende gekostet) und dachte: Für das äußere Auge werden Bauten aufgeführt, die Millionen kosten — für das innere ...! Der Hofmarschall begleitete mich, ein Mops bellte uns an. Sehen Sie doch das kleine Tier recht an; ist's nicht ein allerliebster Hund? Ein eigener Kurier hat ihn überbracht; er kostet der Großfürstin dreihundert Dukaten ... Aber für menschliche Zwecke?"

Ueber seinen Aufenthalt in Strelitz berichtet von Türk an Pestalozzi folgendermaßen (Mork, Zur Biographie Pestalozzis): „Als ich noch in Strelitz war, bat ich um Reisegeld zu jener Reise, die ich zu Dir unternahm; ich bat, mir wenigstens einen jungen Mann mitzugeben — vergeblich. Ich ward nach Neubrandenburg (bedeutendste Stadt nächst Strelitz) geschickt, die Schulen zu regulieren. Es gelang mir, Magistrat und Bürgerschaft zu beleben. Es ward eine Kollekte gemacht, wodurch eine jährliche Summe von 200 Reichstalern zusammengebracht wurde zur Anstellung eines Elementarlehrers. Es fehlte ein Lokal dazu; der Herzog sollte 40 Taler dazu hergeben — er tat es nicht. Währenddem wurden einige überflüssige Zimmer im Schloß dekoriert; es kostete 30 000 Taler. — Gern hätte ich von Dir einen jungen Mann für unsere Schule erbeten, aber man will lieber eine ganze Generation durch schlechte Lehrer verderben lassen, als nur 100 Reichstaler ausgeben, um bessere zu erhalten, in einer Zeit, wo man einer Schauspielertruppe für drei Monate 2000 Taler zahlt."

*) Aus dem vom Dresdner Lehrerverein uns zur Verfügung gestellten Material.

Pestalozzi-Worte

Erziehung ...

Aller Unterricht ist nichts anderes als die Kunst, dem Haschen der Natur nach ihrer eigenen Entwicklung Handbietung zu leisten, und diese Kunst ruht wesentlich auf der Verhältnismäßigkeit und Harmonie der dem Kinde einzuprägenden Eindrücke mit dem bestimmten Grad seiner entwickelten Kraft. (Wie Gertrud ihre Kinder lehrt.)

... zur Selbständigkeit.

Wir müssen uns bewußt bleiben, daß der Endzweck der Erziehung nicht in der Vervollkommnung der Schulkenntnisse besteht, sondern in der Tüchtigkeit fürs Leben; nicht in der Aneignung der Gewohnheiten blinden Gehorsams und vorschriftsmäßigen Fleißes, sondern in der Vorbereitung für selbständiges Handeln. (Mutter und Kind.)

„Barmherzigkeit".

Das beste Almosen ist dasjenige, welches den, der es empfängt, in den Stand versetzt, nicht mehr betteln zu müssen. (Der natürliche Schulmeister.)

Explosion im Serumwerk

Im Grundstück der ehemaligen Tierarzneischule in der Zirkusstraße explodierte in einem der Betriebsräume des Sächsischen Serumwerkes ein elektrisch betriebener Kühlschrank. Der Luftdruck zertrümmerte über 100 Fensterscheiben und richtete schwere Verwüstungen an. Glücklicherweise sind Menschen nicht zu Schaden gekommen. Heute soll durch eine Untersuchung bei der Firma, die den Kühlschrank geliefert hat, die Ursache der Explosion geklärt werden.

Selbstmord aus Furcht vor der „irdischen Gerechtigkeit"

Ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender Arbeiter Schäfer, der sich gestern vor dem Dresdner Schöffengericht wegen Urkundenfälschung hatte verantworten sollen, tötete sich aus Furcht vor der zu erwartenden Zuchthausstrafe durch Gift. — Das ist das Resultat des „erzieherischen Charakters" der deutschen Strafrechtspflege!

Technikerschule. In der für die Abteilung Maschinenbau an den Technischen Lehranstalten seit Ostern 1926 eingerichteten Tagesabteilung sind in der Aufnahmeklasse noch Plätze frei. Junge Leute, welche die Absicht haben, sich der mittleren Technikerlaufbahn zu widmen, haben nicht nötig, auswärtige oder private Schulen zu besuchen, sondern können bei der innerhalb der Technischen Lehranstalten der Stadt Dresden bestehenden Technischen Mittelschule dieses Ziel erreichen. Interessenten erhalten nähere Auskunft werktäglich mittags von 1 bis 2 Uhr in der Schulkanzlei, Dürerstraße 45, 1.

Dresdner Fernsprechverkehr.

Nach dem Stande vom 30. Januar 1927 sind in Groß-Dresden insgesamt 48 869 Sprechstellen in Betrieb, die im Jahre 1926 gegen 41 Millionen Ortsgespräche vermittelten. Das sind täglich etwa 112 500. Die Gesamtlänge des Ortsleitungsnetzes beträgt: 235 206 Kilometer unterirdische und 6709 Kilometer oberirdische Einzeladern. Hinzukommen noch 232 Kilometer Luftkabel. Die Anschlüsse verteilen sich auf das Hauptamt mit 11 497 Haupt- und 12 239 Nebenanschlüssen; Unteramt Striesen mit 6537 Haupt- und 2379 Nebenanschlüssen; Hilfsamt Loschwitz mit 937 Haupt- und 331 Nebenanschlüssen; Unteramt Süd mit 4863 Haupt- und 2644 Nebenanschlüssen; Unteramt Neustadt mit 4672 Haupt- und 2780 Nebenanschlüssen. Das sind zusammen 28 416 Hauptsprechstellen und 20 453 Nebenstellen, von denen 4676 Privatanschlüsse sind. Ferngespräche wurden 1926 abgewickelt 6 970 000, davon entfallen auf den Tag etwa 19 100 Stück.

Pestalozzifeiern oder Pestalozzitaten

Von Alfred Schrapel, Dresden.

Das ganze Gebäude der deutschen „Republik" trieft förmlich von „ehrender Erinnerung an den großen Sozialpädagogen Pestalozzi". Schulen, Lehrervereine, Gemeinden feiern, ehren und reden, Zeitungen schreiben über ihn, den Heros der Erzieherkunst, Bücher in Mengen werden angepriesen, sogar die SPD „macht ihren Aktus". Aktus hier, Aktus da, aber es fehlt die wirkliche soziale Aktivität, es fehlt die Pestalozzitat. Mit einer der kapitalistischen Gesellschaft nun einmal eigenen frechen Heuchelei lobt und preist diese „Kultur"-Gesellschaft den Mann, der das „Räubertum der Monopolwirtschaft" in Wort, Schrift und Tat bekämpfte und deshalb von den Machthabern seiner Zeit gehetzt, gejagt, verspottet und verleumdet wurde. Die Kirche ehrt den Waisenvater Pestalozzi, der, selbst Enkel eines Geistlichen,

die Katechismusstellen zuzukleben für richtig fand und nicht Geistlicher werden wollte,

weil er fürchtete, beim Predigen lachen zu müssen. Die Kirche seiner Tage schützte den Prügelhelden Dyslli gegen den unchristlichen Pestalozzi, indem man eine Hetze gegen ihn betrieb, die ihn schließlich aus dem Schulzimmer des Schusterpädagogen von Burg verjagte. Alle, die einst Pestalozzi verfolgten, sie sind heute dabei, ihn zu feiern, denn er ist 100 Jahre tot, kann nicht mehr gefährlich werden, und seine Schriften liest niemand.

Wäre aber dieser Pestalozzi heute unter uns, er würde der Gesellschaft, die ihn als Toten ehrt, sehr gefährlich werden. Oder fehlt es in der heutigen Gesellschaft an den Bettlerjagden, die damals allmonatlich veranstaltet wurden? Nur nimmt man heute statt der Ochsenschwänze die Gummiknüppel. Ist nicht Pestalozzis Buch vom Kindermord eine einzige Anklage gegen die §§ 218, 219 und damit gegen die heutige Gesellschaft? Seine Forderungen auf Beseitigung des Bodenwuchers, nach gerechter Gesetzgebung, nach allgemeiner Volksschule, nach Weltlichkeit der Schulen, nach Arbeitsunterricht, sind sie nicht Forderungen unserer Tage, unerfüllte und von der Reaktion mit Eifer bekämpfte?

Pestalozzi, heute unter uns, wäre der herrschenden Klasse ein sehr unbequemer Mensch. Darum ist man froh, ihn nicht erst totschlagen zu müssen, und ist gern bereit, einen

Aktus für den Toten

zu halten.

Es gibt fast kein Gebiet des sozialpolitischen Kampfes jener Tage, das Pestalozzi nicht zu regster Anteilnahme und aktiver Beteiligung gebracht hätte. Obwohl Kind seiner Zeit und „Demokrat" in der damaligen Bedeutung dieses Wortes, hat er doch Verständnis für die revolutionären Bewegungen an der Jahrhundertwende aufgebracht und große Hoffnungen daran geknüpft. Er riskierte das Uebelwollen der Regierung seiner Zeit, **trat für die eingesperrten Streikführer der Züricher Baumwollarbeiter ein,** forderte unentwegt für die Kinder der Armut und des Elends, opferte sich, das Geld seiner Frau ließ Schmähungen und Spott über sich ergehen und blieb doch seinem Werk treu bis ans Ende, in Hingabe der Person, Selbstlosigkeit und Zähigkeit im Kampf für die Elenden, für die Klasse der Unterdrückten, steht er menschlich auf einer Stufe mit den besten Führern der Arbeiterbewegung, wenn er auch nach marxistischen Begriffen kein Revolutionär war.

Das ganze Jahr 1927 hat man das „Pestalozzijahr" genannt. Will man damit sagen, daß in diesem Jahr mehr für Volksbildung, Sozialfürsorge, Mutterschutz u. dergl. ausgegeben werden soll als sonst? Reichs-, Landes- und Gemeindehaushaltpläne lassen das Gegenteil als Tatsache erkennen.

Pestalozzifeiern, aber ja keine Pestalozzitaten.

Das „höchste", wozu man sich versteigt, ist ein Erinnerungsbüchlein für die Jugend. Wir empfehlen sein Studium, noch mehr das der Werke Pestalozzis selbst. Aber die Pestalozzitat der Gesellschaft? Wo sind ihre Arbeits- und Landschulen, wo die Heime für die Kriegswaisen (Denkmäler haben wir übergenug), wo bleiben die Millionen zur Pestalozzitat?

Die Dresdner Stadtverordnetenfraktion der KPD hat sie angefordert. Der Finanzdezernent, der unbesehen Hunderttausende für Sänger- und Schlemmerfeste übrig hat, er soll im Pestalozzijahr etwas von Pestalozzitat offenbaren.

Die Kommunistische Partei Dresden fordert eine Pestalozzistiftung von einer Million und 10 Jahre lang je eine Viertelmillion,

um davon ein großzügiges Erziehungsinstitut, Versuchsschulen, Heime, Werkstätten u. a. zu errichten.

Vor 100 Jahren starb Pestalozzi als hochbetagter Greis von seinen „Freunden" noch zuletzt erbärmlich beschimpft, einsam auf seinem „Neuhof", wo er als junger Mann Neuland zu brechen begonnen hatte, wo er die ersten „Lumpen"kinder bei sich aufnahm.

Diese Pestalozzitat wird und muß im Pestalozzijahr zu einer einzigen **Anklage gegen die Ausbeutergesellschaft werden, die Pestalozzi feiert und das Proletariat ins Lumpenelend treibt.**

Bau der Schwarzmeer-Eisenbahn

Sie durchquert die Lasur-Küste des Schwarzen Meeres, die Riviera der Sowjetunion und ist über 200 Kilometer lang. Das Bild zeigt den Bau einer Brücke über den Fluß Ingor (Georgien). Im Hintergrunde eine während des Baues entstandene Arbeitersiedlung.

Bauarbeiterversammlung in Dresden-Cotta

(Arbeiterkorrespondenz.)

Am 9. Februar tagte in Cotta die Bauarbeiter-Bezirksversammlung; sie war im Verhältnis zu den letzten besser besucht. Die Tagesordnung lautete unter 1: Stellungnahme zu der bevorstehenden Vertreterversammlung und Anträge hierzu, unter 2: Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten. Man trat in Punkt 2 der Tagesordnung ein, da Kollege Seidel von der Verbandsleitung erscheinen sollte und Punkt 1 in seiner Anwesenheit behandelt werden sollte. In der Aussprache über gewerkschaftliche Angelegenheiten erschien Kollege Seidel und wollte über Arbeitsgerichte sprechen. Einstimmig war man aber der Ansicht, erst die sehr wichtige Tagesordnung zu behandeln. Kollege Seidel sprach dann über Tarifsragen. Hierzu wurde ein Antrag an die Tarifkommission, der verlangte, Akkordarbeit nicht im Tarif aufzunehmen, die 45½ Stundenwoche, Bezahlung der Regenstunden und Ferientage im Tarif zu verankern, ferner nach Ablauf des Lohntarifs Ende Februar in Lohnverhandlungen einzutreten, einstimmig angenommen. In der vorletzten Versammlung war **einstimmig der Beschluß gefaßt worden, den Rußlanddelegierten Mehnert sprechen zu lassen.** Dem war man von der Leitung nicht nachgekommen. Der Kollege Seidel, nach dem Grund der Ablehnung befragt, sagte, die Rußlanddelegation ginge der Gewerkschaft nichts an; übrigens führte er die alten Mätzchen gegen die Delegierten und Rußland ins Feld. Hierauf entspann sich eine heftige Debatte, in der die Haltung der Gewerkschaftsleitung ins rechte Licht gerückt wurde. Selbst seine Gesinnungsfreunde konnten die Haltung der Leitung nicht verstehen; Kollege Seidel mußte dann klein beigeben.

Zur Vertreterversammlung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Antrag.

Angestellte des Verbandes haben nur beratende Stimme auf der Vertretertagung, soweit sie nicht als Vertreter eines Bezirks gelten.

Ein weiterer Antrag an die Vertreterversammlung, der verlangte, **daß ASPS-Leute keine Funktionäre des Verbandes sein dürfen, fand ebenfalls einstimmig Annahme.** Kollege Seidel nahm sich, trotzdem er sich als SPD-Mann ausgab, in der Debatte der ASPS-Leute warm an, was die Entrüstung aller Kollegen hervorrief. Obwohl er mehrmals gegen die Anträge polemisierte, hatte er trotzdem keinen Erfolg.

Die Versammlung hat gezeigt, daß die Bauarbeiter in Cotta wissen, um was es geht. Dresdner Kollegen, seid ferner auf der Hut und wahrt überall eure Rechte gegenüber dem Unternehmertum und ihren Lakeien, dann werden wieder die Gewerkschaften Instrumente des Klassenkampfes.

Kulturelle Wohlfahrtsrenten

(Mitteilung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei)

Das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 — RGBl. I S. 137 ff. — sieht in § 27 die Gewährung von Wohlfahrtsrenten an Anstalten und Einrichtungen vor, die der Förderung wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung dienen. Die dritte Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom 4. Dezember 1926 — RGBl. I S. 491 — enthält in den §§ 25—31 die näheren Vorschriften. Nach § 25 dieser Verordnung erhalten die kulturelle Wohlfahrtsrente auf Antrag die Träger inländischer Anstalten und anderer Einrichtungen, deren wesentliche Zweckbestimmung die Förderung wissenschaftlicher Ausbildung oder Forschung ist (wissenschaftliche Einrichtungen). Die Rente wird ihnen für die Auslosungsrechte gewährt, die sie als Anleihegläubiger erhalten haben, sofern die Markanleihen des Reiches, für die die Auslosungsrechte zugestellt worden sind, bei dem Inkrafttreten des Gesetzes einer wissenschaftlichen Einrichtung in erkennbarer Form nicht nur vorübergehend gewidmet waren.

In den folgenden Paragraphen ist dann noch näher bestimmt, was unter wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung im Sinne dieser Bestimmungen zu verstehen ist, und zwar wird darüber folgendes gesagt: „Wissenschaftliche Forschung ist die planmäßige, auf die Erweiterung menschlicher Erkenntnis gerichtete Tätigkeit. Als wissenschaftliche Forschung gilt nicht eine Tätigkeit, die der Förderung der Kunst oder der Gesundheitspflege, oder die der Verbreitung der Kultur oder des Wissens dient. Wissenschaftlich ist die Ausbildung, deren Ziel unmittelbar auf die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit gerichtet ist. Eine Einrichtung dient der Förderung wissenschaftlicher Ausbildung oder Forschung, wenn sie unmittelbar der wissenschaftlichen Ausbildung oder Forschungstätigkeit eines unbestimmten Personenkreises gewidmet ist."

Die Frist für die Einreichung der Anträge auf Gewährung einer kulturellen Wohlfahrtsrente läuft vom 1. Februar bis zum 30. April 1927. Die Anträge sind bei dem Ministerium zu stellen, dem die betreffende wissenschaftliche Einrichtung untersteht. Die Anträge sind auf den von dem Reichsfinanzministerium vorgeschriebenen Vordruck in zwei Stücken einzureichen. Diese Vordrucke sind nebst der dazugehörigen Anleitung bei dem zuständigen Ministerium unentgeltlich zu erhalten.

8 Hallen auf der Jahresschau. Die Beteiligung an der diesjährigen Papierausstellung der Dresdner Jahresschau ist so groß, daß zu den bereits im Bau begriffenen 7 neuen großen Hallen noch eine achte Ausstellungshalle zur Ergänzung der Maschinenausstellung errichtet werden muß.

Volkshochschule. Der Kursus Thieme fällt heute Donnerstag, den 17. Februar, aus. Nächster Abend am Donnerstag, den 24. Februar. Der Unterricht wird nachgeholt.

Bebauungsplanänderung Klein-Zschachwitz Laubegast. Für die Oesterreicher Straße, berührend die Flurstücke 199, 201a, 333, 333a für Laubegast, sowie 156a, 150, 149, 149a, 147b, 147g, 147, 148, 147a für Klein-Zschachwitz; ferner für die bauplanmäßige Straße B zwischen Oesterreicher Straße und Flurgrenze Leubener, sowie für eine von der vorgenannten Straße B ab (einschl. Flurstück 201b für Laubegast) bis zur Meußlitzer Straße an der Südwestseite des Zschierbachweges und am Lockwitzbach entlang führende Verbindungsstraße, und für die Meußlitzer Straße vom Zschierbachweg ab einschl. der Flurstücke 125, 170, 123, 124, 122 und 171 für Klein-Zschachwitz bis zur Flurgrenze der Gemeinde Zschachwitz, sowie für den Putzjatinplatz ist ein neuer Fluchtlinienplan entworfen worden, der bis zum 14. März im Neuen Rathaus, Ringstraße 19, 4. Obergeschoß, Zimmer 434, zur Kenntnis für jedermann öffentlich ausliegt. Innerhalb dieser Frist müssen auch, zur Vermeidung des Verlustes des Widerspruchsrechtes, etwaige, gegen den aufgestellten Plan beabsichtigte Widersprüche bei dem Hochbauamt der Stadt Dresden schriftlich oder mündlich vorgebracht werden.

Rundfunk

Freitag, den 18. Februar:

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gustav Agunie.
6,05—6,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
6,30—6,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friedel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene.
7—7,30 Uhr: Peter Schmiedel: „Revuen, Maskeraden, Phantastik des Barock."
7,30—8 Uhr: Anton Wildgans über sich und sein Werk. (Zu dem nachfolgenden Hörspiel.)
8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe.
8,15 Uhr: Hörspiel: „Dies irae". Eine Tragödie von Anton Wildgans. Spielleitung: Julius Witte. Musikalische Zeichnung: Alfred Simon.
10,30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
10,45—12 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer Dresden, für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvag", Druckerei-filiale Dresden

(Fortsetzung folgt.)

Für die Befreiung von Max Hoelz

finden morgen Freitag drei öffentl. Protestkundgebungen statt

im Volkshaus Pirna, abends 7.30 Uhr,

im Schützenhaus Heidenau, abends 7,30 Uhr, im Schützenhaus Radeberg, abends 7,30 Uhr

Redner: Dittmar, Falkenstein i. V. / Kürschner, Falkenstein i. V. / Dr. Schmincke, Dresden

Aus dem oberen Elbtal

Ergebnis

[Die] Wahl zum Bezirkstag im 1. zusammengesetzten Wahlkreis der Amtshauptmannschaft Pirna.

[Es] lagen 4 Vorschläge zur Wahl: Liste 1 (Sozialdemokraten), Liste 2 (Liste der Werktätigen), Liste 3 (Großbauern), Liste 4 (Liste des Handwerks).

Es entfielen:

	1.	2.	3.	4.
Zschachwitz	1165	1631	699	466
Stadt Wehlen	303	—	404	202
Birkwitz	200	100	100	30
Sonnewitz	14	56	70	14
Daube	—	—	54	9
Doberzeit	10	—	40	—
Eichdorf	—	140	245	78
Großgraupa	114	38	152	76
Mühlsdorf	120	—	96	72
Neugraupa m. Vorderjessen	70	140	70	—
Kratzschwitz	108	81	162	—
Uttewalde	54	—	54	—
Dorf Wehlen	158	117	273	39
Mänichendorf	—	42	168	21
Zatschke	10	—	20	5
Zeichen	36	—	—	—
Zühieren	168	168	420	—
Kleingraupa	21	—	84	21
Liebethal	135	54	54	27
Mockethal	28	112	56	—
	2712	2679	3221	1072

Damit ist gewählt von der Liste der Werktätigen 1 (KPD, Genosse Bürgermeister Schreiter), SPD 1, Großbauern 1 und Handwerk: keiner.

Im selbständigen Wahlkreis Heidenau ist gewählt: 1 KPD, 1 SPD, 1 Bürgerl.

Die Auszählung für die übrigen 7 Wahlkreise erfolgt in den nächsten Tagen.

*

Die Pirnaer Pestalozziausstellung im Zeichen des Kulturkampfes

Am Sonntag, den 13. Februar, wurde die von der Pirnaer Lehrerschaft veranstaltete Ausstellung eröffnet. Die Feier stand unter dem Druck der Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse gegen die Volksschule. Das ist echt bürgerliche Moral, die Leistungen vollschreiben zur Jahrhundertfeier für einen Schulmann, dessen Ziele heute in Deutschland nicht verwirklicht sind, und im selben Atemzug Hetze gegen die, die man feiert als Schulleute. In der Eröffnungsansprache des Schulleiters kam die tiefe Erbitterung über diesen schamlosen erneuten Angriff recht deutlich zum Ausdruck. Mit denselben Worten sprach er von dem nahenden Reichsschulgesetz, das wohl durch die Zerschlagung der Volksschule eine so geschlossene Demonstration für neue, nämlich Pestalozzigedanken unmöglich machen werde. Die Ausstellung soll nicht eine Schau sein, sondern ein Appell an die Eltern, im Interesse unseres Nachwuchses die Lehrerschaft in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Die Meinung des Bürgermeisters Scheufler, daß bei uns Pestalozzi schon restlos durchgeführt wäre, wurde nur kopfschüttelnd entgegengenommen. Oder hat er etwa Rußland gemeint, wo die freidenkende Lehrerschaft in ihrer erzieherischen Arbeit nicht durch fortschrittsfeindliche Regierungsmaßnahmen gehemmt wird? Die Schule verspürt am härtesten die verhängnisvolle Uninteressiertheit weiter Kreise der Eltern politischen Fragen gegenüber. **Und Schulfragen sind politische Fragen!** Reaktionäre Regierungen werden niemals dulden, daß Arbeiterkinder in der Volksschule im Sinne Pestalozzis zu selbständig denkenden und handelnden Menschen erzogen werden. Den toten Pestalozzi kann man ehren, indem von Regierungsseite Pestalozzifeiern, eine Pestalozziwoche usw. verordnet werden, **aber den Geist des Gefeierten bekämpft man.** Auch die rastlose und anerkennenswerte Tätigkeit einzelner fortschrittlicher Lehrer wird niemals zu dem gewünschten Erfolg führen, wenn sie nicht in Zusammenhang gebracht werden kann mit dem Bekenntnis zum Kampfe um politisch fortschrittliche Ziele.

Der Nährboden Pestalozzischer Gedanken sind nicht pädagogische Lehrbücher, sondern ist die Arbeiterschaft, und zwar die politisch organisierte Arbeiterschaft. Mit ihr Seite an Seite, Schulter an Schulter muß der Kampf um die neue Schule geführt werden, denn ihre Kinder sind es, die in der Volksschule sitzen.

Die Ausstellung selbst bietet wertvolles Anschauungsmaterial für die Eltern. Ihr Besuch wird dringend jedem Arbeiter empfohlen. Es hat sich doch so manches geändert seit unsern Schultagen. Auf die Ausstellung im einzelnen einzugehen, würde in diesem Rahmen zu weit führen. Täglich finden Führungen statt, die über den Sinn des Geschauten Aufklärung geben.

*

Das gekränkte Schneiderlein

Struppen. Wer kennt nicht all die Erzählungen vom Schneiderlein. Einem Schneider wurde aus den geschichtlichen Ueberlieferungen selten eine tapfere Tat zugemutet. Selbst wenn sich ein Schneiderlein auf die Straße begibt, muß er das Bügeleisen mitnehmen, um nicht vom Winde weggeblasen zu werden. Es ist deshalb nicht leicht für einen Angehörigen dieses Berufes, eine wirklich anerkannte Amtsperson zu verkörpern. Viel Mühe gilt es aufzubringen, den üblen Schneiderruf zu bekämpfen. Einen heroischen Kampf gegen das Schneiderseelentum führt auch in unserem Orte der Herr Schneidermeister Emil Richter. Zwar nährt ihn das Handwerk, und er hatte auch in seinem Beruf sich einen halbwegs guten Ruf erworben, er machte einen Anzug, der schon von weitem als die Arbeit des Meisters Richter zu erkennen war. Aber sein Schneiderruf ließ ihn nicht ruhen. Er wollte mehr sein als Schneider, er stieg 1918 mit seiner ganzen Schneiderkraft in die Politik. In diesem Fache fand er sich leider nicht so zurecht. Einen richtigen Schneiderstreich leistete sich unser guter Meister am Kapp-Putsch. Als die Reichswehr auf dem Königstein war, sammelte er alle im Dorfe erreichbaren Pferde mit dem dazu gehörigen Personal mit Pferdeverstand und wanderte nach der Festung, hier verlangte er Auslieferung der Kanonen, um sie mit in sein Reich Struppen zu nehmen. Wir haben leider nicht genügend Platz, um diesen Schneiderstreich richtig zu skizzieren, aber wir glauben, daß jeder Leser soviel Mutterwitz aufbringt, um diese Tat zu würdigen. Wir könnten noch einige solcher Streiche wiedergeben, so unter anderem verklagte er vor einigen Monden einen Arbeiter, weil er annahm, er habe ihn an seiner Schneiderehre angegriffen. Das Tollste aber, was unserem Schneider geschah, war, daß man auch behördlicherseits nicht vergessen will, daß der Schneider eben kein Schmied ist. Richter stand vor kurzem als Angeklagter vor Gericht. Bei der Vernehmung zur Person bemerkte der Richter: „Sie sind Herr Schneider Emil Richter?" „Nein," ließ sich unser Freund vernehmen und weitete seinen Brustkasten, „ich — bin stellvertretender Bürgermeister Emil Richter von Struppen." Aber beim Gericht blieb er trotzdem Schneider. Das drückte ihn so gewaltig nieder, daß er beinahe überhört hätte, daß das Gericht ihn zu 40 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt hatte. — Ein Sprichwort sagt: „Schuster, bleib bei deinem Leisten," in diesem Falle aber beim Bügeleisen, so wirst du nie gekränkt werden.

Aus Ostsachsen

Vom Radeberger Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Arbeitsnachweises Radeberg und Umgegend zeigte im Monat Januar eine Besserung. In der Metall- wie auch in der Holzindustrie wurden namhafte Einstellungen vorwiegend von ungelernten Arbeitskräften vorgenommen. Die Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie blieben im wesentlichen stabil; als eine Verschlechterung kann die Arbeitsverkürzung in einer Glasschleiferei bezeichnet werden. Im Baugewerbe herrschte reger Wechsel. Der Abgang von Arbeitsuchenden überwog hier den Zugang nicht unwesentlich. Eine starke Verminderung war unter den ungelernten Arbeitskräften zu verzeichnen. Bezeichnenderweise werden fast ausnahmslos jüngere Kräfte angefordert. Die Kalitaadarbeiten machten es aber möglich, auch ältere Leute in Arbeit zu bringen. Im Angestelltenberufe war nach längerer Zeit des Stillstandes wieder ein Zugang an Stellungsuchenden beiderlei Geschlechts zu verzeichnen. Zahlenmäßig ergibt sich folgendes: Am 1. Januar waren 1743 (1505 männliche, 238 weibliche) Arbeitsuchende gemeldet, am 1. Februar dagegen nur noch 1507 (1256 männliche, 251 weibliche). Auch die Zahl der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung weist eine erhebliche Verminderung auf. Sie betrug am 1. Januar 379 männl. 167 weibl. im Stadtbezirk, 527 männl., 95 weibl. in den Landgemeinden, am 1. Februar 354 männl. 182 weibl. im Stadtbezirk, 448 männl., 72 weibl. in den Landgemeinden. Die Zahl der Unterstützungsempfänger hat also im Stadtbezirk um 25 männliche und 35 weibliche abgenommen. In den Landgemeinden haben die männlichen um 79 ab-, die weiblichen um 6 zugenommen. Im ganzen ergibt sich danach eine Abnahme der Unterstützungsempfänger um 133. Die Verminderung der Unterstützungsempfänger ist zum Teil wieder darauf zurückzuführen, daß die Unterstützten die Höchstunterstützungsdauer überschritten. Infolgedessen sind 33 männliche und 10 weibliche Erwerbslose aus der Unterstützung ausgeschieden. Eine Vermehrung von Krisenfürsorge hat sich trotzdem nicht ergeben. Im Gegenteil ist ihre Zahl zurückgegangen von 124 am 15. Januar, von 118 am 1. Februar. Dieser Rückgang ist nur dem Stadtbezirk zugute gekommen, wo am 15. Januar 91, am 1. Februar 85 Empfänger von Krisenfürsorge gezählt wurden. In den Landgemeinden ist dagegen die Zahl mit 33 Empfängern gleich geblieben. Wegen „Arbeitsverweigerung" sind 3 Erwerbslose aus der Unterstützung ausgeschieden. Im Stadtbezirk Radeberg erhielten am 1. Februar Erwerbslosenunterstützung bis 13 Wochen 179 männliche, 41 weibliche, über 13 bis 26 Wochen 121 männliche, 33 weibliche, über 26 bis 39 Wochen 122 männliche, 32 weibliche, über 39 Wochen 132 männliche, 26 weibliche Personen. Kurzarbeiter wurden am 1. Februar nur noch 9 gezählt.

*

Die Kötzschenbrodaer Erwerbslosen gegen die Erwerbslosenversicherung

In einer Versammlung der Erwerbslosen Kötzschenbrodas wurde nach vorausgegangenem ausführlichen Referat des Kollegen Landrock über das bevorstehende Erwerbslosenversicherungsgesetz, seine Entstehung, Auswirkung und Gefahren für die Erwerbslosen, folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution:

„Die am 12. 2. 27 im Palast-Theater zu Kötzschenbroda versammelten Erwerbslosen erklären sich bereit, gegen den Erwerbslosenversicherungsgesetzentwurf schärfsten Kampf zu führen. Sie fordern vom ADGB, SPD und KPD, daß sie den Gesetzentwurf ablehnen und den schärfsten Kampf mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln **für die Erhöhung der zur Zeit bestehenden ungenügenden Erwerbsunterstützung und Beschaffung von Arbeit führen.**"

Ferner wurden zirka 400 Unterschriften gegen dieses Schandgesetz gesammelt, die gleichzeitig mit als Protest dienen sollen. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten und nochmaliger Aufmunterung der Erwerbslosen immer zum Kampf bereit zu sein, wurde die Versammlung 12.45 Uhr beendet.

*

Die Ostritzer Steinarbeiter für die KdW-Beschlüsse

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Delegierte Kollege Lipsky erstattete vor den im Schützenhaus versammelten Steinarbeitern des Basaltwerkes Ostritz den Bericht vom KdW. Er führte den Kollegen die Bedeutung des starken Besuches des Kongresses, der 2000 aus allen Teilen Deutschlands und darüber hinaus versammelten Delegierten vor Augen. Trotz des ungeheuren Boykotts, trotz der Ausschlußandrohungen nahmen sehr viele Sozialdemokraten und Vertreter anderer Parteien daran teil. Nicht nur Vertreter der Arbeiterschaft, sondern auch Kleinbauern und Gewerbetreibende nahmen im Tagungsraum Platz. Schulter an Schulter gelobten auch die für Fürstenenteignung eingetretenen, von ungeheuren Steuerschikanen bedrückten Gewerbetreibenden den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterschaft. Die gehaltenen Referate wurden mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit entgegengenommen. Ebenso wurden die Diskussionen eifrig verfolgt. Groß war die Begeisterung, als nach den verschiedenen Referaten die Chemnitzer Textilarbeiter den Kleinbauern eine rote Fahne überreichten. Diese soll die Arbeiter und Bauern zusammenschweißen im Kampf für bessere Lebensbedingungen. Aber größer war die Begeisterung als der Genosse Harrison als Vertreter der englischen Bergarbeiter, und der Vertreter der russischen Bauern, der Genosse Nadelow, die brüderlichsten Kampfgrüße aus Westen und Osten überbrachten. Eine ungeheure Empörung bemächtigte sich der Kongreßteilnehmer, als Genosse Pieck den Granatenschwindel des SPD-Vorwärts an den Pranger stellte. Selbst der SPD-Delegierte Schred sprach sich mit Abscheu über die Schreibweise des Vorwärts aus, der ebenso wie die bürgerliche Presse den Kongreß als ein „Affentheater" bezeichnete. Die Resolutionen für die englischen Bergarbeiter, für die Gewerkschaftseinheit, für Max Hoelz, für die Vollamnestie, gegen das Schund- und Schmutzgesetz und gegen den Vorwärts-Schwindel wurden fast einstimmig angenommen. Der imposante Aufmarsch von über 100 000 Berliner Arbeitern am Schluß der Tagung zeigte, daß der Kongreß der Werktätigen die vollste Sympathie der Berliner Bevölkerung errungen hatte. — Nach diesen 1½stündigen Ausführungen schloß Kollege Lipsky seinen Bericht unter lebhafter Zustimmung der Versammelten, mit der Aufforderung, einzutreten für den Achtstundentag, für höhere Löhne, gegen Akkord- und Ueberstundenarbeit und für geschlossene Abwehr aller Angriffe der Unternehmer.

*

An unsere Arbeiterkorrespondenten!

Wir verweisen nochmals auf folgende Notwendigkeiten der Berichterstattung:

1. Alle Berichte müssen wirkliche Tatsachen enthalten.
2. Es muß mit Tinte geschrieben werden.
3. Das Papier darf nur einseitig beschrieben sein.
4. Schreibe möglichst kurz, aber setze niemals voraus, daß alle anderen Leute wissen, was du meinst, sondern schreibe das, was du treffen willst, wirklich in dem Bericht.

Die Redakti[on]

„Links"sozialismus in der SPD

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Freiberg ist der ehemalige Sitz Bethkes, dort „siegte" vorübergehend Tempel als „Radikaler". Jetzt scheint er wieder ins Lager der „Rechten" zu wandern. Die Rechten siegen wieder. Dresden unterstützt den Kurs.

Durch die Passivität der sogenannten Linken, Verzicht auf den Kampf um die Gestaltung der Tagesprobleme und auf ideologische Auseinandersetzung haben in Freiberg nunmehr die Kreise Oberwasser bekommen, die man berechtigterweise die verkappten Dreiundzwanziger zu nennen pflegt. Für diese gilt wohl der Satz eines Hamburger SPD-Funktionärs, der in einer Parteiversammlung als Debatteredner gegen ein Parteivorstandsmitglied ausrief: „Wir haben in der SPD nicht nur kommunistische, sondern wir haben bei uns auch bürgerliche Zellen." Kleinbürgergeist ist Trumpf, und das soldatenspielende Reichsbanner gibt den Ton an. Die Firma hat sich etwas geändert — der Geist aber ist konstant geblieben. Bethke ist weg — sein Schatten hält seine Jünger gebannt. Nirgends kann wohl das Kesseltreiben gegen die Anhänger und Förderer der Einheitsbewegung ärger und mit mehr Schikanen geführt werden, als in der hiesigen SPD. Die angestellten Parteibeamten sind die Drahtzieher und Macher. Im Anschluß an eine vom hiesigen Rußlandkomitee einberufene Versammlung (die Volkszeitung hatte selbst die Versammlungsanzeige gebracht, sie links nicht) wurde eine Ausschlußbewegung inszeniert, wie sie täppischer nicht gemacht werden konnte. Dem Parteivorstand hatte man nach Berlin sämtliches „belastendes Material" gesandt, um die SPD-Mitglieder Günzel und Kaul von oben leichter abietzen zu können. Aber dem Parteivorstand schien die Sache doch zu dumm zu sein; er schickte dieses Material wieder nach Freiberg mit dem Bemerken, das Ausschließen sollte die Freiberger Gruppe machen. Den Regisseuren ist darob bange geworden, und die neugewählte Gruppenleitung hat dieses Machwerk in die Ecke gestellt. In der Freiberger Volkszeitung selbst stand über die Rußlandversammlung folgender Erguß:

„Von dem Arbeiterparadies Sowjetrußland erzählten in einer gut besuchten Versammlung die Rußlandfahrer Siewert, Günzel-Freiberg. Wir können an dem Vortrag selbst vorübergehen. Günzel hat entgegen einem Beschluß des Bezirksvorstandes an der Rußlandfahrt teilgenommen. Er weiß genau, daß die Beherrscher Sowjetrußlands unsere Parteifreunde in Rußland terrorisieren. Das einfache Taktgefühl verbot es daher, die Gastfreundschaft der russischen Machthaber in Anspruch zu nehmen."

Schluß! Die Volkszeitung weiß wohl nicht, daß Günzel vom Fabrikarbeiterverband delegiert wurde, auch scheint sie nicht zu wissen, daß „das einfache Taktgefühl" die Genossen Professor Sändel, Herrn Schönaich, Rosenfeld, Toni Sender, Genossen Dr. Schöneberger nebst Gattin, Chemnitz, u. a. m. nicht hinderte, die Gastfreundschaft der russischen Machthaber in Anspruch zu nehmen. Kann man wegen seiner Delegation durch die Gewerkschaften Günzel nicht fassen, so hetzt man jetzt gegen Kaul. Im Stadtparlament schaltet man ihn aus. Man wollte hübsch allein sein und mit den Demokraten und der Wirtschaftsfraktion „süße" Politik machen. Bisher war er Vertreter im Kunstausschuß. Der sozialdemokratische Vizevorsteher Kittig erklärte in einer Fraktionssitzung, wo auch die Kommunisten zugegen waren, da eine Verständigung über die Ausschußbesetzung herbeigeführt werden sollte, offen, nach dem Kunstausschuß hätten sich alle gedrängt. Kaul ist Mitglied des hiesigen Stadttheaters. Er ist organisiert in der Deutschen Bühnengenossenschaft und im Chorsänger- und Ballettverband. Er war schon drei Jahre im Kunstausschuß und der Vertrauensmann seiner Kollegen. Die Fraktion hatte Kaul wiederum in den Kunstausschuß entsandt, doch dann änderte man das Protokoll und setzte einen anderen Vertreter ein, der dann auch gewählt wurde. Vorher hatte man Kaul schon aus dem Verfassungsausschuß ausgeschlossen. Alles das, weil er mit der Rußlanddelegation sympathisierte. Bauer, Noske, Heilmann, Severing, die engsten Verbündeten der Kapitalisten können die wichtigsten Stellen bekleiden. Für die Einheitsfront kämpfende Proletarier werden verdrängt. Das ist das Gesicht der „Links"sozialdemokraten. Provokation, Rache und Ausschlußverfahren, das sind ihre Tugenden.

Sport und Politik

Weißig b. Freital. Einem Bedürfnis entsprechend, und dem Drange nach Aufklärung unter den hiesigen Arbeitersportlern folgend, haben die Arbeitersportvereine am Orte in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, diesem Wunsche der Sportgenossen Rechnung zu tragen, und einen öffentlichen Vortrag halten zu lassen. Dieser findet am Freitag, den 18. Februar, abends 8 Uhr im Gasthof zur Erholung statt, mit dem Thema: Sport und Politik. Als Redner hierzu ist Landtagsabgeordneter Arzt gewonnen worden. Von dem Besuch der Einwohnerschaft und Sportler wird es abhängen, ob weitere Vorträge auf diesem Gebiete folgen werden. Wir fordern hiermit sämtliche Einwohner und Arbeitersportler von Weißig, Opitz und Umg. auf, sich diesen Vortrag anzuhören und in Massen zu erscheinen.

Dorfhain. Wir können heute auf einen guten Erfolg zur Zeitungswerbung zurückblicken, die Bevölkerung sieht ein, daß es nur die kommunistische Presse ist, die offen für ihre Interessen eintritt und energisch den Kampf gegen die jetzt herrschende verkehrte Gesellschaftsordnung führt. Unsere Presse liegt jetzt in den beiden Gasthöfen des Ortes aus. Von den Geschäftsleuten haben im Ortsteil Klein-Dorfhain H. Lindemann und im Ortsteil Groß-Dorfhain M. Müller unsere Presse abonniert. Bei der Wahl der Bedarfsdeckung möchten wir die Arbeiterschaft darauf hinweisen, zu bedenken, daß man neben dem Konsumverein nur solche Geschäftsleute unterstützt, die das nötige Verständnis der Arbeiterschaft entgegenbringen.

Die Frauen im neuen Rußland

Frauen aus der Provinz Aktjubinsk, die als Richter und Geschworene tätig sind

SLUB
Wir führen Wissen.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Handel am Jahrmarktssonntag.

Anläßlich des während der Zeit vom 6. bis 8. März dieses Jahres stattfindenden Frühjahrsmarkt darf der Handel am

Sonntag, den 6. März 1927
von vormittags 11 bis 6 Uhr nachmittags

betrieben werden.

An diesem Tage ist eine Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe während der obenerwähnten Zeit gestattet.

Rat der Stadt Freital, am 14. Februar 1927.

Nachstehend wird eine von den städtischen Körperschaften erlassene Polizeiverordnung über die Regelung des Verkehrs auf den städtischen Aschenabladeplätzen hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Rat der Stadt Freital, am 14. Februar 1927.

Polizeiverordnung
über die Regelung des Verkehrs auf den städtischen Aschenabladeplätzen.

1. Das Abladen von Hausasche hat nur auf den von der Stadtverwaltung dazu bestimmten Abladeplätzen zu geschehen.
2. Abladen von Bauschutt und Fabrikasche ist auf diesen Plätzen verboten.
3. Den außerhalb des Stadtgebietes wohnhaften Personen ist das Abladen auf städtischen Plätzen nicht gestattet.
4. Der Aufenthalt für Kinder auf den Aschenabladeplätzen ist verboten.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder 14 Tage Haft geahndet.

Rat der Stadt Freital, am 27. Januar 1927.

Freibank. Freitag, den 18. Februar 1927, findet ab 8 Uhr vormittags Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustande auf der Freibank im Stadtteil Potschappel, Hof des früheren Rathauses, statt. Preis pro Pfund 50 Pf.

Rat der Stadt Freital, am 17. Februar 1927.

Arbeiterlegitimierung.

Das Ministerium des Innern hat über die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter für das Jahr 1927 bestimmt, daß dem Legitimierungszwange nur noch die ausländischen Landarbeiter, welche unter Befreiung vom Paßzwange nach § 122 der Bekanntmachung zur Ausführung der Paßverordnung vom 4. 6. 1924 die Grenze überschritten haben und sich im Inlande ohne Paß oder Paßersatz aufhalten unterliegen. Alle anderen ausländischen Arbeiter haben sich entweder einen Nationalpaß, oder wenn dies ohne große Schwierigkeiten nicht möglich ist oder nicht zugemutet werden kann, einen Personalausweis gemäß § 29 der Bekanntmachung zur Ausführung der Paßverordnung vom 4. 6. 1924 zu verschaffen. Die Anträge auf die Legitimierung sind von den Arbeitgebern im hiesigen Polizeiamt — früheres Rathaus Deuben, 2. Stock, Zimmer Nr. 2 —

bis spätestens zum 1. März 1927

unter Beifügung der vorjährigen Arbeiterlegitimationskarte sowie der Heimatpapiere des Ausländers und der Beschäftigungsgenehmigung für denselben zu stellen. Die Kosten des Legitimationsverfahrens hat der Arbeitgeber zu tragen und gleichzeitig mit dem Antrage einzuzahlen. Es sind zu entrichten für eine Legitimierung, die innerhalb der vorgeschriebenen Frist beantragt wird, 3,40 Mark. Für später gestellte Anträge oder für Anträge, bei denen die Legitimierung des Ausländers im Vorjahre unterblieben ist, erhöht sich die Gebühr auf 7,40 Mark. Die erteilten Legitimationskarten sowie die Heimatpapiere sind Eigentum der Arbeiter und dürfen von den Arbeitgebern diesen nicht vorenthalten werden.

Rat der Stadt Freital, am 15. Februar 1927.

Fahrräder besonders preiswert!! Leichte Teilzahlung - Bei Barzahlung Rabatt
Schmelzer
DRESDEN-A-ZIEGELSTR. 10

Kluge Eheleute! Alle sanit. med. Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapparate
R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Theater am Wasaplatz
Ab Sonnabend, den 12. Febr., täglich 8 Uhr abds.
Schaufführung für Dresden!
Einbruch
Krim.-Detektivfilm in 5 Akt. n. Roberts u. Landsberger
Mag Blanke, der Faltaschenkönig: Adolph Roeder

Königshof
Jeden Dienstag und Sonntag Ball
Linien 5 u. 13, Auto: Hauptbhf.—Loschwitz
Fernsprecher 40125

Lebensmittel • Eigene Schlachterei
Carl Jähne, Vogtlerstraße 35
Fernsprecher 33725

Schweizerei Loschwitz
Konzert- u. Gartenetablissement
Gr. Wasserfall - Gesellschaftssaal
Fernsprecher 57363 Max Fischer

Max Frommhold
Verkaufsstelle der Johannst. Arbeiterschaft
Gardekstraße 7

Krank-heiten aller Art, auch alte chronische behandelt mit Homöopathie, Biochemie, Naturheilmethode, elektrisch. Bestrahlungen usw.
mit bestem Erfolg
MAX LINDNER, Heilkundiger
Dresden-Altstadt, Albrechtstraße 37
Mon. 15—3 Uhr, auch Sonntags (außer Montags)

Curt Mertzsching
Fleischermeister
Wittenberger Straße 79

Drogerien Arthur Taube
Altstriesen 29 / Wormser Str. 60
Für das Frühjahr Kleingartenbedarf
5% Rabatt Sämtliche Farben 5% Rabatt

Dein Spargroschen

gehört in die
Sparkasse
des Konsumvereins!
Dort arbeitet er in deinem Interesse!
Die Spareinlagen werden verzinst
bei kurzfristiger Anlegung mit 4 % bei 6 monat. Kündigung mit 5 % auf 3 Jahre unkündbar mit
4% 5% 6%
Einzahlung in allen Verteilungsstellen
Konsumverein
Vorwärts

Starkes Spezial-Kurbad u. Quarzlicht-Anstalt
Hydro- und Elektrotherapie, Massage und Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung
Telephon Amt Dresden 4487 **Dresden-N.** Fabrikstr. 1
Geöffnet von 7 bis 8 Uhr bis abends 8 Uhr
An allen Krankenkassen zugelassen

Vereinshaus Blasewitz
Ernst Adler und Frau

Gummi-Unterlagen Windelhöschen
Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße

Gasthof Dobrig
Jeden Sonntag Ball
Haltestelle Linie 12
Günstige Tanzgelegenheit — Tanzmarken

Rollschlächterei und Wurstfabrik
Bernhard Hempel, Pirna
empfiehlt in seinen Filialen
Neustädter Markthalle
Stand 1 und 2 und
Leuben, Pirnaer Landstraße 44
seine
bevorzugten Fleisch- und Wurstwaren

Alle Lebensmittel!
billig
Wilhelm Baege
PIRNA

Damen | Herren
Kleider, Röcke, Mäntel, Wäsche, Schürzen, Schuhe
u. v. a. m.
in sehr bequemer
Teilzahlung
oder gegen nur mit
10% Rabatt
bei
Veit
Dr. Kleinzschachw.
Putjatinstraße 3
Gegr. 1920
Eig. Fabrikate

Sämtliche alteingeführten
Biere
Hefeni frei Haus und Kantine
Kurt Noack
Dohnaischer Platz

D — Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen — D

DRESDEN
★ Milch Molkerei-Produkte ★
Drema A.G. Dresden Würzburger Straße 9
★ Sonstige Lebensmittel ★
28125

DRESDEN
Reserviert

TAUBENHEIM
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Emil Gärtner 26120

GERMANIA-DROGERIE
Farben und Drogen
Kolonial- und Tabakwaren
26125

Oswald Striegler
Schnitt- und Manufakturwaren 26122

BEIERSDORF
E. W. Kretschmar Nachf., Max Hoffmann
Kolonialwaren, Kurz- und Galanterie-, Spiel- und Zuckerwaren-Geschäft
26312

NEUSALZA-SPREMBERG
Max Erbe, Ofensetzmeister
Reparaturwerkstatt, Spezialität: Spareien
26322

Kurt Pinkert
Pelzwaren, Hüte, Mützen
Spezialität: RFB-Mützen
26321

Wilhelm Wünscher
Gasthof grüner Baum
26320

Farben und Lacke
R. Fiebig
26318

NEUSALZA-SPREMBERG
Gustav Hofmann
Musikhandlg., Spez. Schalmeien
26318

Wilhelm Böhmer
Fleischerei 26317

Julius Scharf
Kolonialwaren, Tabak und Zigarren
26316

Otto Fiedler
Kolonial- und Feinkosthandlung 26315

C. A. Scheffler
Woll- und Baumwollwaren
26314

Ad. Menzels Nachf., K. Fiebiger
Größtes Lager und billigste Einkaufsquelle für Herren-, Damen- und Kinder-Manufaktur, Arbeiterbekleidung 26313

Otto Meißner
Zigarren und Tabakwaren 26200

THAMS & GARFS
Neusalza-Spremberg
26295

OBERFRIEDERSDORF
Kurt Schuster, Oberfriedersdorf
Fahrräder / Nähmaschinen / Reparaturen
Günstige Teilzahlung 26302

Ernst Böhmer, Niederfriedersdorf
Brot- und Weichbäckerei 26301

Kretscham, Oberfriedersdorf
Inh. Otto Kaufer 26300

Hermann Lehmann
Fleischerei mit elektr. Betrieb
Niederfriedersdorf
26299

Friedrich Thiele
Kolonialwaren
Niederfriedersdorf 26298

Oskar Hensel, Oberfriedersdorf
Fleischerei, Wurstwaren 26297

OPPACH
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen, Günstige Teilzahlung. Oskar Körner / Oppach

OPPACH
OTTO GRUHLE
BROT- UND FEINBÄCKEREI
26311

RICHARD DABERITZ / OPPACH
Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren
26310

Adolf Böttel / Oppach
Kolonialwaren / Stoffe / Schuhe
26309

Kino Ebersbach
Oppach-Sehland
bringt laufend die neusten Arbeiter-Filme
26292

Gasthof „Heiterer Blick"
Inh.: Wilh. Seidemann / Oppach
26308

Betten-, Daunen-, Kinder- und Bettwäsche
Adolf Weirich / Oppach
26290

Kaufhaus Kupfer / Oppach
Die vielseitigste Einkaufsquelle für jedermann
26240

REINHOLD PETY GmbH
Feine Fleisch- und Wurstwaren 26222

Der Internationale Kongreß gegen koloniale Unterdrückung

Brüssel, den 13. Februar 1927.

Die siebente Sitzung des Kolonialkongresses fand am 12. Februar abends statt. Sie wurde von Fimmen eröffnet. Jawaharlalnehru legte dem Kongreß eine Resolution über Indien vor, Liauhansin eine einheitliche Erklärung der indischen und chinesischen Delegation.

Hierauf sprach George Lansbury:

Der Kongreß ist ein gewaltiges Zeichen des Erwachens der unterdrückten Völker der ganzen Welt. Die chinesische Revolution ist die Sache aller geknechteten Nationen, aller Ausgebeuteten. Die englische Arbeiterschaft wird das begreifen, sie wird die chinesische Revolution mit verteidigen. Die chinesischen Arbeiter und Bauern kämpfen nicht nur für die Beseitigung der ausländischen Imperialismen, nicht nur für die nationale Befreiung Chinas sondern auch für die Vernichtung des Kapitalismus überhaupt, für die Errichtung der sozialistischen Ordnung. Meinen pazifistischen Freunden sage ich: Der Pazifismus wird auf Erden erst herrschen, wenn der Kapitalismus gestorben ist. In Großbritannien werden große Massen dem Kampfruf folgen. China muß das Recht gegeben werden, über sich zu verfügen. Die fremden Land- und Seekräfte müssen vom chinesischen Boden und aus den chinesischen Gewässern zurückgezogen werden. Die nationale Regierung muß anerkannt, alle ungleichen Verträge müssen annulliert, alle exterritorialen Rechte aufgehoben werden. Die ausländischen Konzessionen müssen zurückgegeben werden. Wir werden diese Forderungen mit allen Mitteln verfechten. (Großer Beifall.)

General Luchiangli erklärte:

Die chinesische Revolution ist ein wichtiges Zentrum der Weltrevolution. Es stehen uns noch schwere Kämpfe mit den Imperialisten und Militaristen bevor, aber die neue Welt marschiert trotz alledem. Ich bin Soldat und halte es für meine Pflicht, der Sache der Arbeiter und Bauern zu dienen. Dieser Kongreß wird mir in Zukunft die Befehle geben. Er hat meinen Glauben gestärkt, ich werde mich der großen Sache der Befreiung aller unterdrückten Völker der Welt mit gesteigerter Kraft widmen. Unser Sieg ist nicht mehr fern. Ich hoffe, daß noch mehrere solcher Kongresse abgehalten werden, und wir uns auf dem nächsten Kongreß bereits beraten werden, wie wir uns einrichten sollen. Es lebe die chinesische Revolution! Es lebe die Weltrevolution! (Brausender Beifall.)

Brown, Sekretär der Amsterdamer Internationale: Dieser Kongreß ist von historischer Bedeutung, da sich die Vertreter der Ausgebeuteten der ganzen Welt zusammenfanden, um zum erstenmal nicht das zu suchen, was trennt, sondern das, was vereinigt. Wenn diese Einheit auf der ganzen Linie verwirklicht werden wird, wird sie die Arbeiterklasse zum Siege führen.

Ismael Martinez (Mexiko) schildert die Interventionsversuche des Yankee-Imperialismus in Mexiko und drückt die Hoffnung aus, daß auf die Beschlüsse des Kongresses Taten folgen werden.

Ernst Toller: Der Kongreß ist von ungeheurer Bedeutung. Es ist unverständlich, daß weder der Internationale Gewerkschaftsbund, noch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, noch die deutschen Gewerkschaften Delegierte zu diesem Kongreß entsandten. Der Kongreß wird Weltmacht: Hier wird der wahre Völkerbund geschaffen. Toller legt namens der deutschen Delegation eine Resolution vor, die den Kampf gegen die neuen Kolonialbestrebungen des deutschen Kapitalismus ankündigt.

Beckett (linker Flügel der englischen Labour Party) verliest eine englisch-indisch-chinesische Resolution. Er schlägt vor, Begrüßungstelegramme an die Hankauer Regierung und an den Allindischen Nationalkongreß zu schicken. (Die Delegierten stimmen diesem Vorschlag begeistert zu.) Der Redner erklärt namens der englischen Delegation, daß diese die Unterschriften unter die Resolution mit dem festen Entschluß gesetzt habe, alles, was darin steht, wirklich durchzuführen. Die britische Arbeiterschaft wird gegenüber der chinesischen Revolution ihre Pflicht tun.

Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm der Witwe Sunyatsens eingelaufen ist.

Zum Schlusse wurden die Resolutionen, die eingebracht worden waren, einstimmig angenommen.

Brüssel, den 14. Februar 1927.

Die englisch-indisch-chinesische Resolution des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung.

(Einstimmig angenommen.)

Die unterzeichneten Mitglieder der englischen, indischen und chinesischen Delegation stellen fest, daß die Aufgaben der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern folgende sein müssen: Erstens, Seite an Seite mit allen nationalen Bewegungen für die vollständige Befreiung der unterdrückten Länder zu kämpfen um überall dort, wo die nationalen Kräfte es verlangen, die vollständige Unabhängigkeit zu erreichen. Zweitens, sich gegen alle Formen der Unterdrückung der Kolonialvölker zu wenden. Drittens, gegen alle Militär-, Marine- und Luftkredite zu stimmen, die dazu bestimmt sind, die militärische Macht aufrechtzuerhalten, um sie gegen die unterdrückten Nationen anzuwenden. Viertens, die Schrecken des Imperialismus der ganzen Bevölkerung und den Soldaten aufzuzeigen. Fünftens, die imperialistische Politik zu brandmarken, um gemäß den Lehren des Klassenkampfes die Befreiung der Werktätigen durchführen zu können.

Betreffs der gegenwärtigen Lage in China wird folgendes erklärt: Erstens verlangen wir die sofortige Zurückziehung der Land- und Seekräfte vom chinesischen Boden und aus den chinesischen Gewässern, zweitens bestehen wir auf der Notwendigkeit einer direkten Aktion, die den Streik und die Organisierung der Verhinderung von Waffen-, Munition- und Truppentransporten sowohl nach China und nach Indien, als auch von Indien nach China umfaßt. Drittens verlangen wir, daß alle Kredite, die auf Vorbereitung des Krieges oder auf den Krieg selbst Bezug haben, abgelehnt werden. Viertens müssen im Falle militärischer Intervention und eines Krieges alle im Bereich der Arbeiterorganisationen liegenden Waffen in Anwendung kommen, um Feindseligkeiten zu verhindern und aufzuhalten. Fünftens verlangen wir die bedingungslose Anerkennung der Nationalregierung und die Annullierung aller ungleichen Verträge und exterritorialen Vorrechte, sowie die Rückgabe der ausländischen Konzessionen. Sechstens verpflichten wir uns, im Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen in England, Indien und China, für die Verwirklichung der Einheit und der gemeinsamen Aktion einzutreten.

Brockway, Davies, Bridgemann, Pollitt, Macmanus, Wilkinson, Beckett, Liauhansin, Jawaharlalnehru.

Brüssel, den 14. Februar 1927.

Telegramm der chinesischen Delegation des Internationalen Kolonialkongresses an die 2. Internationale.

Die chinesische Delegation des Internationalen Kongresses gegen koloniale Unterdrückung in Brüssel hat an das Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationale folgendes Telegramm gesandt:

„Die chinesische Delegation des Brüsseler Kongresses hat mit Befremdung erfahren, daß ein gewisser Yangkutau sich das Recht genommen hat, vor ihnen im Namen Chinas zu sprechen. Yangkutau hat keinerlei Ermächtigung, im Namen des chinesischen Proletariats, im Namen der Kantonregierung oder im Namen der Kuomintang zu sprechen.

Mit nicht geringerer Befremdung hat die chinesische Delegation erfahren, daß Abramowitsch die chinesischen Delegierten vor dem Imperialismus der Sowjets im fernen Osten gewarnt hat. Die Delegation bezeugt, daß die russischen Arbeiter und ihre Regierung bis jetzt ihre einzigen wirksamen Verbündeten in ihrem Kampfe gewesen sind, während alle anderen Organisationen mit Ausnahme des linken Flügels der britischen Arbeiterbewegung sich im besten Falle auf Sympathiekundgebungen beschränkt haben.

Indem von der Presse veröffentlichten Berichte lesen wir, daß Bracke von der Neutralität der Franzosen gesprochen hat. Wir möchten wissen ob wir nur auf die Neutralität der 2. Internationale rechnen können, oder ob sie sich den Resolutionen des Kongresses von Brüssel anschließen, die eine Streitaktion zugunsten Chinas verlangt, falls die Imperialisten Feindseligkeiten zwischen ihren imperialistischen Armeen und den chinesischen nationalrevolutionären Kräften provozieren."

Brüssel, 14. Februar 1927.

Die achte Sitzung des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus fand am 14. Februar vormittags unter dem Vorsitz von Colraine statt.

Vernochet begrüßt den Kongreß namens der Unitarischen Lehrerinternationale, die auf dem Boden des Klassenkampfes immer ihren Pflichten gegenüber den unterdrückten Völkern und Klassen nachkam. Große Massen der Kolonialvölker werden vom Kapitalismus bewußt in Unbildung und Analphabetismus gehalten. Nur eine dünne Schicht wird ausgebildet, um als Unteroffiziere der Imperialisten gegen die eigenen Brüder verwendet zu werden. Nur der Staat der Arbeiter und Bauern, die Sowjetunion macht auch hier eine Ausnahme. Als in Peking wegen Geldmangels die Schulen geschlossen werden mußten, überwies der Sowjetbotschafter Karachan den Pekinger Professoren die Boxerentschädigungsbeträge. Wir werden unsere Schüler zu Soldaten der Revolution erziehen.

Stokes, Vertreter des Gewerkschaftsrates von London, berichtet über die Beschlüsse der Konferenz aller Arbeiterorganisationen des Londoner Bezirkes. An der Konferenz nahmen 600 Delegierte und 303 Gewerkschaftsvertreter teil. In der dort angenommenen Resolution wird die vorbehaltlose Solidarität mit der chinesischen Revolution ausgesprochen, wird die Verhinderung von Militär-, Waffen- und Munitionstransporten nach China gefordert, wird ferner die Anerkennung der Kantoner Regierung sowie die Zurückziehung der Truppen verlangt. Für diese Forderungen werden wir ernsthaft kämpfen, wenn nötig auch mit dem Mittel des Streiks. In ganz England werden Komitees gebildet unter der Losung „Hände weg von China!" Es wäre besser gewesen, wenn Brown nicht nur im eigenen Namen, sondern im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes hätte sprechen können.

Helene Stöcker (Deutschland) spricht namens der internationalen Kriegsverweigerer und des deutschen Friedenskartells. Wir kämpfen gegen den Krieg nicht im Sinne des alten bürgerlichen Pazifismus, da wir wissen, daß ein wirklicher Kampf gegen den Krieg nur auf dem Wege des Klassenkampfes möglich ist. Der Kongreß möge den Kampf für die Freiheit des weiblichen Geschlechts nicht vergessen.

Müller-Lehning übermittelt die Grüße des Internationalen Antimilitaristischen Komitees und verliest einen Aufruf des Komitees gegen Kolonialausbeutung und Imperialismus.

Chan-Kuan spricht im Namen der chinesischen Gewerkschaften:

Wir sind eine junge Organisation, aber niemand kann behaupten, daß wir keine Erfahrungen, kein Klassenbewußtsein haben, oder daß wir eine unbedeutende Kraft darstellen. Die Streikbewegungen in den letzten Jahren, insbesondere der Schanghaier-Hongkonger Streik, beweisen, daß wir das Rückgrat der nationalrevolutionären Bewegung sind. Lansbury hat uns alle aufgefordert, wir mögen uns ihm im Geiste des internationalen Sozialismus anschließen. Bei uns fehlt dieser Geist nicht. Wir sammelten für die englischen Bergarbeiter Geld, als wir selbst Hunderttausende unterstützen mußten. Wir werden immer unsere internationale Solidarität in Taten bezeugen.

Sehen wir aber dasselbe bei der Arbeiterschaft Westeuropas? Welches reale Zeugnis haben die 2. Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von ihrer Sympathie für die chinesische Revolution gegeben? Außer ein paar Resolutionen haben wir nichts davon gehört. Als die Schanghaier Arbeiter um die Hilfe Amsterdams baten, erhielten sie nicht einmal eine Antwort. Brown konnte hier nicht im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes sprechen. Vanderveldes Reden über die Kolonialrevolutionen berührten uns schmerzhaft. Macdonalds Haltung ist kein Beweis des Internationalismus. Ich will hier nicht weiter diese gerechten Beschuldigungen anführen, da dieser Kongreß vor den Augen der Feinde vor sich geht und ich die Einheit fördern will. (Großer Beifall.)

Miglioli, Vertreter der Katholischen Volkspartei Italiens:

Die Faschistenregierung und die Presse in Italien behaupten, daß die italienischen Truppentransporte nach China zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen Italiens und der italienischen Missionare in China notwendig seien. Dies ist eine bewußte Lüge. Italien hat keine Wirtschaftsinteressen in China. Wenn die blutige Faschistenherrschaft, die selbst tausende Arbeiter, Bauern und auch Priester hingemordet hat, von der Verteidigung italienischer Missionäre faselt, ist das der Gipfel der Schamlosigkeit. Die Wahrheit ist vielmehr die, daß die Faschistenregierung ein Werkzeug in den Händen des englischen Imperialismus ist. Sie hilft ihm, die chinesische Revolution niederzuschlagen, weil sie dafür die finanzielle Hilfe und Unterstützung Großbritanniens zur Durchführung der eigenen kolonialen Pläne in Albanien erwartet.

Bauarbeiter-Versammlung

Kötzschenbroda. Anfang Februar fand hier eine Versammlung der Bauarbeiter statt, an der 30 bis 35 Personen teilnahmen. Da der Vortrag ausfallen mußte, weil kein Referent erschien, beschäftigte man sich mit den Wahlen der Beamten. Kollege Schmidt berichtete, daß er sich im Büro gut eingerichtet habe, die Angestellten schlagen ihn zur Wahl als Beamten vor, an die Stelle von Paul, der in den Ruhestand trete. Da auch Kittner in Pension gehe, müsse auch ein Hilfsarbeiter vorgeschlagen werden. Von einem Kollegen wurde als Beamter Kollege Füssel, Radeberg, vorgeschlagen. Sofort wendeten sich die Bürokraten dagegen, da Radeberg nicht zum Bezirk gehöre. Es dürfte nur ein Kollege aus dem Bezirk in Frage kommen. Da noch 3 weitere Beamten zur Wiederwahl standen, machte man auch hier geltend, daß diese nur aus dem Bezirk sein dürften, also auch hier dürfe man nur wiederwählen, keine Neuwahlen machen.

Trotzdem die Kollegen einen anderen Vertreter wünschten, setzten sich so die Angestellten durch. Auf der Vertreterversammlung, so rechnen sie, werden ihre Vorschläge sowieso angenommen. Das Verhalten der Angestellten die damit einen Kampf um ihre Posten führten, verstößt gegen die Statuten, dort ist nichts gesagt von der unbedingten Begrenzung der Vorschläge.

Die oppositionellen Kollegen müssen durch den Besuch der Versammlungen hier einmal Wandel schaffen

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf Grenadierstraße und Filialen

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(21. Fortsetzung.)

„Man müßte ihn recht schnell beerdigen," gings ihm durch den Kopf. „Dorimedont wird sie einschüchtern, und sie wird ihm alles erzählen ... dann komme auch ich ins Gefängnis ... Zusammen mit ihr ist das nicht schlimm .... Aber sie hat ihn doch selbst geholt ... nicht mich geschickt ... es tat ihr wohl leid, mich zu wecken ... Oder fürchtete sie sich? Wie werde ich überhaupt jetzt leben? ..."

Als er nach Hause zurückkehrte, saßen dort bereits ein schwarzbärtiger Polizeibeamter und ein grauhaariger Alter in einem langen Rock. Dorimedont sprach mit dem Polizeibeamten im Kommandotone:

„Hören Sie doch, Iwan Iwanowitsch, was der Doktor sagt! Also Krebs ... aha! Da ist der Junge — he, Junge, geh mal und bring uns ein paar Flaschen Bier! Mach schnell!"

Raissa kochte in der Küche Kaffee und machte einen Eierkuchen. Die Hemdärmel hatte sie hoch hinaufgeschoben, und ihre weißen Arme bewegten sich rasch und gewandt hin und her.

„Wenn du zurückkommst, werde ich dich mit Kaffee bewirten," sagte sie lächelnd zu Jewssej.

Er war den ganzen Tag bis zum Abend auf den Beinen, ewig im Menschengewühl und hatte keine Zeit, zu beobachten, was im Hause vorging. Doch fühlte er, daß alles für Raissa gut stand. An diesem Tage war sie hübscher als sonst, und alle ließen mit Vergnügen ihre Blicke auf ihr ruhen.

Am Abend, als Jewssej, vor Ermüdung beinahe krank, mit einem unangenehmen klebrigen Geschmack im Munde in seinem Bette lag, hörte er, wie Dorimedont streng und gebieterisch zu Raissa sagte:

„Man darf ihn nicht aus den Augen lassen — verstehst du? Er ist dumm."

Dann kam er mit Raissa in Jewssejs Zimmer. Der Spitzel streckte mit wichtiger Miene die Hand aus und sagte in schnaufendem Tone zu Jewssej:

„Steh auf! Nun sag' mal — was wirst du jetzt anfangen?"

„Ich weiß es nicht ...."

„Du weißt es nicht? Wer soll es denn wissen?"

Die Augen des Häschers waren verschwollen, seine Wangen und die Nase gerötet; er atmete schwer und geräuschvoll und glich ganz einem überhitzten Ofen.

„Ich weiß es," sprach er vor sich hin, während er den ringgeschmückten Finger emporhob.

„Du wirst bei uns hier bleiben ..... bei mir," sagte Raissa freundlich.

„Ja, du wirst bei uns bleiben, ich werde eine gute Stelle für dich finden."

Jewssej schwieg.

„Nun, was ist denn?"

„Nichts ...." sagte Jewssej zögernd.

„Du mußt dich bedanken, Schäfchen," sagte Dorimedont herablassend.

Jewssej hatte die Empfindung, als wenn die kleinen grauen Augen des Spitzels ihn für immer festnageln wollten.

„Wir werden gegen dich besser als Verwandte sein," sagte Dorimedont, als er, einen dumpfen Geruch von Bier, Schweiß und Fett hinter sich zurücklassend, aus dem Zimmer ging.

Jewssej empfand einen dumpfen, quälenden Druck — er öffnete das Fenster und lauschte eine Weile in die Nacht hinaus. Dann legte er sich nieder und begann zu stöhnen, während seine großen, ängstlichen Augen in die Finsternis starrten. Es war ihm, als würde er mit Gewalt in irgendeinen dumpfen Winkel gedrängt, aus dem es kein Entrinnen gab.

In Raissas Zimmer brüllte und lachte der Spitzel.

„Nun bist du also mein ... Ohohoho macht nichts ... Das gibt sich ... haha, wirst dich gewöhnen!"

Jewssej steckte den Kopf unter das Kissen, um nicht diese triumphierenden Ausrufe hören zu müssen.

Nach einer Minute sprang er atemlos auf — vor ihm huschten die dürren, dunklen Beine des Prinzipals daher, seine kleinen roten Äuglein leuchteten auf.

Jewssej schrie auf und sprang, die Hände vor sich ausstreckend, aus dem Bett. Er stieß mit ihnen gegen die Tür von Raissas Zimmer und begann leise zu winseln:

„Ich fürchte mich ..."

Zwei große weiße Körper bewegten sich durchs Zimmer, und einer von ihnen brüllte ihn erschrocken und böse an:

„Fort mit dir!"

Jewssej sank in die Knie und zappelte am Boden, zu Füßen der beiden wie eine aufgeschreckte Eidechse, wobei er leise rief:

„Ich fürchte mich ... ich fürchte mich ..."

Es kamen die mühevollen Tage des Begräbnisses, und hierauf die Uebersiedlung Raissas in Dorimedonts Wohnung. Jewssejs Denken flatterte wie ein kleiner Vogel in einer Wolke dunkler Furcht hin und her.

„Was wird aus mir werden?" ging's ihm immer wieder durch den Kopf.

Er hätte irgendwohin laufen und sich verstecken mögen — doch überall begegnete er den spähenden Augen Dorimedonts, hörte er seine rauhe, dumpfe Stimme:

„Mach flink, Junge!"

Dieses Kommando tönte irgendwo in seinem Innern wieder und stieß ihn bald dahin, bald dorthin; ganze Tage lang lief er mit Aufträgen hin und her und kam des Abends ermüdet und abgetrieben heim, um in einen schweren, von furchtbaren Träumen erfüllten Schlaf zu verfallen.

Sechstes Kapitel.

Aus diesem Leben erwachte Jewssej im dämmrigen Halbdunkel eines großen Zimmers mit niedriger Decke, hinter einem mit schmutzigem grünen Wachstuch überdeckten Tisch. Vor ihm lagen ein dickes, halb vollgeschriebenes Buch und einige Blätter reinen, linierten Papiers, in seiner Hand aber zitterte eine Feder; er begriff nicht was mit all diesen Dingen zu tun war, und schaute hilflos um sich.

Im Zimmer standen mehrere Tische, hinter denen saßen zu zwei und vier verschiedene Leute; müde und ärgerlich warfen sie sich gegenseitig kurze Worte zu, schrieben eilfertig und rauchten viel. Der beißende blaue Dampf schwebte zu den Luftöffnungen in den Fenstern, und ihm entgegen drang ununterbrochen von der Straße her ein betäubender, wirrer Lärm herein. Eine Unmenge von Fliegen schwirrte über die Köpfe hin, kroch auf den „Bekanntmachungen" an den Wänden und den Tischen herum klopfte gegen die Scheiben und glich in ihrer Geschäftigkeit den Menschen, die diesen schwülen, schmutzigen Käfig anfüllten.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeitersport

Turnspiele, 2. Bezirk.
Kastballresultate vom 13. Februar:

Altstadt 1—Cotta 1 3:2 (3:1). Vor Feinheiten war wenig zu sehen, es glich mehr einem Ringspiel. Cotta möge sich für die Zukunft eine ruhigere Spielform angewöhnen.

Birkigt 1—Löbtau 1 2:6 (2:2). Der Birkigter Sturm konnte im Fangen sehr gut gefallen. Das feine Paßspiel der Löbtauer stand auf ganz besonderer Höhe.

Nippien 1—Dohna 1 8:5 (5:3). Die Dohnaer machten des öfteren dem Gegner Schwierigkeiten, sie bewiesen dadurch, daß auch sie eine kampffähige Mannschaft darstellen. Nur durch das bessere Kombinationsspiel der Nippiener konnten diese den Sieg an sich reißen.

Zaucherode 1—Döhlen 1 4:2. Der Typ der Vorschau war richtig. Döhlen gab alles aus sich heraus, doch die Zaucheroder verstanden es, durch raffinierte Spielweise den Vorsprung zu halten.

Cunnersdorf 1—Niederhäslich 1 b 3:2 (3:1). Das Kombinationsspiel beider Mannschaften sprach bei dem Publikum gut an. Natürlich vermochte Niederhäslich diese Niederlage nicht recht zu verstehen (der Torwart trägt die größte Schuld).

Untere Mannschaften. Neustadt 2—Dölzschen 1 4:2; Birkigt 2—Löbtau 2 0:3; Altstadt 2—Possendorf 1 (P. nicht angetreten); Friedrichstadt 2—Zschachwitz 2 9:1; Ottendorf 2—Dresden 1885 2 3:0; Zaucherode 2—Döhlen 2 8:2, Altstadt 3—Kaditz 3 5:12; Cotta 2—Niederhäslich 3 6:2.

Jugend. Löbtau 1—Niederhäslich 1 1:8; Birkigt 1—Fortschritt 1 9:1; Cotta 1—Pesterwitz 1 9:3; Altstadt 1—Kaditz 1 2:2; Friedrichstadt 1—Zschachwitz 1 1:9; DSV 1910 1—Ottendorf 1 1:2; Zaucherode 1—Döhlen 1 2:0; Löbtau 2—Potschappel 2 1:2.

Spielerinnen. DSV 1910 1—Kaditz 1 0:2; Kaditz 2—Löbtau 1 0:1; Altstadt 1—Heidenau 1 (Heidenau nicht angetreten.)

Handball. Cotta 1—Cossebaude 1 0:1. Die Cottaer leisteten jederzeit starken Widerstand, Cossebaude mußte alles aufbieten, um mit diesem mageren Resultat den Platz verlassen zu können.

Achtung Vereinssportleiter, Berichterstatter! Am Donnerstag, den 17. Februar ist Berichterstatterversammlung, da wichtige Beschlüsse vorliegen, muß jeder Verein vertreten sein. Ein Vortrag über „Eigenart proletarischer Dichtung" leitet die Versammlung ein. Gäste sind willkommen. Strohb.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Bezirk Groß-Dresden. Altstadt. 17. Februar 7,30 Uhr Besprechung der gesamten Abteilung beim Genossen Emmerich, Rosenstr. 93. Anschließend gemütliches Beisammensein. — Cotta. 20. Februar Tour (je nach Witterung) Wohin? Treffen 1 Uhr im Abteilungslokal. 25. Februar Vortrag mit Lichtbildern (Gen. Mißbach, Kaditz) im Goldenen Anker. Anfang 7,30 Uhr. — Kaditz: 20. Februar Museumsbesuch. Treffen 9 Uhr Baubörse. — Neustadt. 19. Februar 7 Uhr im Abteilungslokal: Geselliges Beisammensein mit Fastnachtsfeier.

Leichtathletik-Vereinigung Groß-Dresden. Vereinssportwarte, schickt sofort die neuen Mitgliedsbücher mit Lichtbild an den Kassierer Herbert Eichler, Dresden-N. 30, Naundorfer Str. Nr. 24, zum Abstempeln ein.

Naturfreunde Dresden. Wanderungen am 20. Febr. Tageswdg. Cossebaude, Pappstein, Königstein. Abf. 6.10 Hbf. nach Königstein. Nachmittagswdg. Wilschdorf, Moritzburg. Treff. 1,30 Wilder Mann. — Jugendabteilung. Nach Dönschten. Treff 4 Uhr Hbf. — Plauenscher Grund. Kahlberg, Nikiasberger Kreuz. Abf. 6.15 Hbf. Hainsberg (SK Kipsdorf). — Hainsberg. Nachmittagswdg. Aschergrübel, Spechtshausen. 1 Uhr Vereinslokal. — Hellerau. Tageswdg. Auer, Wilschänke. 6 Uhr Schule Rähnitz. — Bozdorf. Treffen 1 Uhr Vereinslokal. — Radebeul-Oelsa. Nach Altenberg. Abf. 6,54. — Radeberg. Entlang der Prießnitz. Treff. 7,30 Uhr Forsthaus.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Donnerstag, den 17. Februar

Striesen 5. Mitgliederversammlung Bärensteiner Hof 7,30 Uhr.
Stadtteil 2. 7,30 Uhr Rußlandkursus bei Frommhold, Gerokstraße 7.
Straßenzelle Mickten-Kaditz. Mitgliederversammlung fällt heute aus. Nächste Zusammenkunft wird noch bekanntgegeben.

Freitag, den 18. Februar

Ortskommission. 7 Uhr im Parteibureau.
Südwest. Rußlandkursus im Bürgergarten 7,30 Uhr. Referent Genosse Renner.
Neustadt-Ost 4. Zellengruppenversammlung Antonstädter Kasino 7,30 Uhr.
Striesen. Stadtteil-Delegiertenkonferenz im Glasewaldthof 7,30 Uhr.
Neustadt-West. Mitgliederversammlung im Bürgerhof 7,30 Uhr.
Pieschen. 7,30 Uhr im Restaurant Bürgerhof, Bürgerstr. 20. Versammlung der Straßenzellen A und B.
Dobritz. Mitgliederversammlung im Gasthof Dobritz 7,30 Uhr.
Zschachwitz. Mitgliederversammlung Gasthof Moltschwitz 7,30 Uhr. Thema: Rationalisierung.
Pesterwitz. 7,30 Uhr in Müllers Rest. Gruppenversammlung. Kontrollbogen mitbringen!
Radebeul, Oberlößnitz. 8 Uhr Rußlandkursus in der Scharfen Ecke Radebeul. Sympathisierende mitbringen.
Doberschau. Oeffentliche Versammlung im Bürgergarten Liebich 7,30 Uhr. „Gegen den Bürgerblock." Ref. Landtagsabg. Siegel.
Putzkau. Mitgliederversammlung 7,30 Uhr. Ref. Wittwald.

Sonnabend, den 19. Februar

Groß-Dresden. Sämtliche Gruppen und Zellen haben Fahnen und rotes Tuch mit Namens- und Adressenvermerk bis nachm. 4,30 Uhr in Onkel Toms Hütte abzuliefern!

Unterbezirk Pirna. 7 Uhr Beginn des UV-Tages im Volkshaus Pirna.

Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag, den 17. Februar:

KJ Pieschen. Gruppenabend. 7,30 Uhr. Ref. Genossin Krieger.

Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag, den 17. Februar:

Südwest. Schulzellenversammlung 6 Uhr abends bei Pionier Fritz.

Roter Frontkämpferbund

Donnerstag, den 17. Februar

Pirna. 7,30 Uhr Sitzung des Gesamtsportleitenden und aller Funktionäre.

Freitag, den 18. Februar:

Abteilungsleitersitzung abends 7 Uhr im Gaubureau.
Ortsgruppe Bannewitz. Abends 7,30 Uhr im Cossebaudenerstraßenrestaurant Hänichen Funktionärsitzung.
Abteilung 5. Stessen mit RJ 1,30 Uhr Trachenberger Platz aller arbeitslosen Kameraden zum Begräbnis.
Abteilung 3. Abends 7,30 Uhr in Meißners Restaurant öffentlicher Werbeabend.
Abteilung 8. Abends 7,30 Uhr Bad Erholung Kursusabend. Alles erscheinen!
Weinböhla. Spielleute 7,30 Uhr im Wettinschlößchen. Instrumente mitbringen!

Sonnabend, den 19. Februar:

Ortsgruppe Zschachwitz. Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft in der Krone zur Vorbereitung für den Theaterabend.
Weinböhla. Pflichtdienst zur Horst-Kundgebung. Spielleute stellen nachmittags 3 Uhr am Zentral-Gasthof.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Freitag, den 18. Februar

Kaitz. Mitgliederversammlung. Ref. Gen. Werner.

Rote Jungfront

Donnerstag, den 17. Februar:

Abteilung 4. Abends 7,30 Uhr Bischofsplatz Monatsappell. Erscheinen ist Pflicht!

Sonnabend, den 19. Februar:

Groß-Dresden. Ausmarsch fällt aus.
Abteilung 5. Mit RJ Funktionärsitzung im Bürgerhof, Bürgerstraße 6 Uhr abends.

Sonntag, den 20. Februar:

Untergau Pirna. Vormittags 9 Uhr im Volkshaus RJ Versammlung vom Untergau. Alle Ortsgruppen haben zu erscheinen.

Rote Hilfe

Freitag, den 18. Februar:

Radeberg. Abends 7,30 Uhr große öffentliche Versammlung im Schützenhaus. Thema: „Was wird aus Max Hölz?" Es spricht Gen. Dittmar aus Falkenstein im Vgtl. ein Mitkämpfer Max Hölz'. Erscheint in Massen.

CAPITOL
FREITAL
Modernstes u. größtes Lichtspielhaus am Platze
Ab Freitag bis Montag
Die Frauen von Folies Bergère
Ein Lustspiel mit der jetzigen Original-Revue des großen Pariser Revue-Theaters in naturfarbiger Wiedergabe
Für Jugendliche unter 18 Jahren verboten!
Beginn: Werktags 6, ½9 Uhr, Sonntags 4, ½7, ½9 Uhr

Empfehle diese Woche:
Prima frisches Landschweinefleisch
Pfund von 1 Mark an
Bestes Schmeer u. Speckfett | Pfund 1 Mark
Frischer Schmeer u. Speck
Prima Wurstwaren in bekannter Güte
Hans Stohn
PIRNA, Sandgasse 4

Bärensteiner Hof
Bärensteiner Straße, Ecke Kipsdorfer Straße
Vereinszimmer

Restaurant Droschkütz
Wilsdruffer Straße 82
Ecke Dornblüthstraße
empfiehlt seine Lokalitäten

Etwas für Sie
Der neue Schlagerhut in Kunst-Kipsseide u. Lederstiften 4.-, 6.- u. 7.-
Nur bei
M. Dunkel, Pirna, Barbiergasse 9

GLASHÜTTER HOF
Glashütter Str. 87, Ecke Lauenstein. Straße
Fernsprecher 38596

Werbt Leser für die Arbeiterstimme

Arbeiter
kauft Eure Arbeitssachen bei
Ernst Klaar
Lilienstraße 25
Ecke Josephinenstraße
Nähe Ortskrankenkasse

Abonniert die Arbeiterstimme!

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Bautzen
Am Sonnabend, den 19. Februar 1927, im Gasthof „Heiterer Blick"
Winter-Vergnügen
mit radsportlichen Aufführungen, Theater und großem Festball
Anfang 7 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet der Gesamtvorstand

Volkshaus Pirna
Morgen Freitag:
Großes Schlachtfest
In den Gasträumen
musikalische Unterhaltung
Paul Lindemann und Frau

Schindlers Roßschlächterei
Pirna, Schmiedestraße
empfiehlt seine prima
Fleisch- und Wurstwaren

Seltene Gelegenheit
Samt, tochtelse Qualität, 90 cm breit, Meter 7 ℳ
70 cm breit, Meter 5 ℳ
RESTER-ZENTRALE
Pirna, Lange Straße 39

Achtung! Sondervorstellung!
Central-Theater Bautzen
Nur Sonnabend, d. 19. Februar, nachm. ½4 bis 6 und Sonntag, den 20. Februar, vorm. 10 bis 12 Uhr
Der Großfilm
Das Gesicht des roten Rußlands und Lenins Begräbnis
Preisermäßigung! Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner nur halbe Preise. Kartenvorverkauf bei Zocher, Buchhandlg., Kornmarkt 16 und Volksbuchhandlg., Hauptmarkt.
Niemand versäume diesen Ausbaufilm zu sehen
IAH Bautzen
Nur 2 Vorstellungen!

ff. Schweinefleisch . . Pfd. v. 0.90 an
ff. Kustochenfleisch . Pfd. v. 0.70 an
ff. Kalbfleisch . . . . . Pfd. v. 1.20 an
Pa. Kalbfleisch . . . . . Pfd. v. 0.80 an
Pa. Gewiegtes . . . . . Pfd. v. 0.90 an
Jeden Freitag und Sonnabend frischen Hackepeter
Sämtliche frischen und geräucherten Wurstwaren in bekannter Güte
Fleischsteuer wird angenommen!
Paul Müller
Pirna, Gartenstraße 2

GEG
Nudeln
Makkaroni
Vom Guten das Beste!
Konsumverein
Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder — Mitglied kann jeder werden
Einschreibegebühr 50 Pf.